



Tätigkeitsbericht für das Jahr 2010

Inhalt

- 4 So funktioniert die Ärztekammer
- 6 Delegiertenversammlung
- 8 Vorstand
- 10 Ärztliche Weiterbildung
- 20 Akademie für Fort- und Weiterbildung
- 28 Ärztliche Berufsausübung
- 34 Medizinische Fachangestellte (MFA)
- 38 Qualitätssicherung
- 43 Ethikkommission
- 44 Lebendspendekommission
- 45 Krankenhauswesen
- 46 Prävention
- 49 Ausschuss Ärztinnen
- 49 Schlichtungsausschuss
- 50 Neue Versorgungsformen
- 50 Öffentlichkeitsarbeit
- 53 Netzwerke
- 55 Wirtschaftliche Lage der Ärztekammer
- 57 Geschäftsstelle der Ärztekammer in Bremen
- 59 Bezirksstelle Bremerhaven
- 60 Mitgliederstatistik
- 64 Versorgungswerk der Ärztekammer Bremen
- 66 Mitgliederstatistik
- 68 Schwerpunkte der Verwaltungstätigkeit
- 72 Gremienverzeichnis
- 75 Gremien der Ärztekammer Bremen
- 76 Ausschüsse und Gremien
- 85 Bezirksstelle Bremerhaven



Liebe Kolleginnen und Kollegen



auch im vergangenen Jahr hat die Ärztekammer Bremen die Belange ihrer Kammermitglieder – der 4.570 Ärztinnen und Ärzte im Lande Bremen – engagiert wahrgenommen. Der vorliegende Tätigkeitsbericht gibt Ihnen einen kleinen Überblick über die vielfältigen Aufgaben und Themen des zurückliegenden Jahres. Die Weiterbildung als Grundlage für den ärztlichen Nachwuchs stand auch 2010 im Fokus der inhaltlichen Arbeit. Auf der Grundlage der Ergebnisse der letzten Evaluation haben wir zahlreiche Gespräche mit Weiterbildern und Weiterzubildenden geführt. Mit der Gründung der Koordinierungsstelle für die Weiterbildung in der Allgemeinmedizin, die Ende 2010 gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenhausgesellschaft erfolgte, leisten wir einen Beitrag zur Förderung des ärztlichen Nachwuchses. Intensiv begleitet haben wir zudem das neue Krankenhausgesetz, das der ärztlichen Weiterbildung einen herausgehobenen Stellenwert einräumt.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete im vergangenen Jahr die Verbesserung der Servicequalität der Ärztekammer. Als Pflichtmitglieder der Ärztekammer haben Sie Anspruch darauf, dass die Kammer besonders serviceorientiert arbeitet. Deshalb haben sich die Kammermitarbeiter seit Anfang 2010 intensiv damit befasst, den Service für die Kammermitglieder, aber auch für andere Nutzer der Ärztekammer zu verbessern. Alle Abteilungen der Kammer haben damit begonnen, ihre Arbeitsabläufe zu untersuchen, um Schwachstellen aufzudecken, Verbesserungen vorzunehmen und ihre Stärken auszubauen. Im November 2010 konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ärztekammer das Qualitätssiegel der bundesweiten Initiative „Servicequalität Deutschland“ entgegennehmen – eine sichtbare Anerkennung für die intensive Arbeit an der Verbesserung der Servicequalität.

Selbstverwaltung braucht serviceorientierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vor allem aber engagierte Ärztinnen und Ärzte, die mitwirken und mitgestalten. Allen, die im Jahr 2010 durch ihre Mitarbeit zu einer funktionierenden und lebendigen Selbstverwaltung aktiv beigetragen haben, danke ich ganz herzlich.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie viel Interessantes in diesem Bericht lesen, der Sie vielleicht auch dazu motiviert, die Kammerarbeit aktiv zu unterstützen.

Klaus-Dieter Völkner

Präsident

So funktioniert die Ärztekammer

Alle approbierten Ärztinnen und Ärzte, die im Lande Bremen ihren Beruf ausüben oder – falls sie nicht / nicht mehr arbeiten – hier ihren ersten Wohnsitz haben, sind Mitglieder der Ärztekammer Bremen. Sie alle wählen alle vier Jahre die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen.

Die Namen der aktuellen Delegierten finden Sie im Anhang und auf unserer Homepage www.aekhb.de

Die Delegiertenversammlung

30 gewählte Ärztinnen und Ärzte – davon kommen fünf aus Bremerhaven – bilden das Kammerparlament, die Delegiertenversammlung. Sie treffen alle grundsätzlichen politischen, strukturellen und finanziellen Entscheidungen der Ärztekammer Bremen. Die Delegiertenversammlung beschließt den jährlichen Haushaltsplan, die Satzungen und ihre Änderungen wie z.B. Gebührenordnung, Weiterbildungsordnung, Fortbildungsordnung oder Berufsordnung. Außerdem wählen die Delegierten den Vorstand, die Delegierten für den Deutschen Ärztetag und die Mitglieder der Ausschüsse. Die Delegierten diskutieren berufspolitische Entwicklungen und entscheiden über wegweisende berufspolitische Fragen.

Der Vorstand

Der Vorstand wird von der Delegiertenversammlung zu Beginn der Legislatur gewählt. Er besteht aus Präsident und Vizepräsident und drei Beisitzern. Seine Mitglieder, insbesondere aber Präsident und Vizepräsident, sind die politische Außenvertretung, das Sprachrohr der Kammer. Außerdem führt der Vorstand die laufenden Geschäfte der Kammer. Er entscheidet über die thematischen Schwerpunkte der Kammerarbeit und trifft wesentliche Verwaltungsentscheidungen im Bereich der Weiterbildung und der Berufsordnung.

Weitere ehrenamtliche Gremien

Neben den beiden Hauptgremien gibt es in der Ärztekammer Bremen derzeit 19 Ausschüsse und sonstige Gremien. Sie bereiten Entscheidungen der Delegiertenversammlung oder des Vorstands vor und geben Empfehlungen ab. Die Ausschüsse werden von der Delegiertenversammlung zu Beginn einer Amtsperiode für vier Jahre gewählt.

Alle Bremer Ärztinnen und Ärzte können in den Ausschüssen mitarbeiten, gleichgültig, ob sie Delegierte sind oder nicht.

Die hauptamtlichen Mitarbeiter

Die 20 hauptamtlichen Mitarbeiter, an deren Spitze die Hauptgeschäftsführerin steht, unterstützen den Vorstand bei seiner Arbeit. Sie erledigen das Tagesgeschäft, indem sie Befugnis- und Anerkennungsanträge bearbeiten, Fortbildungsveranstaltungen organisieren, Veranstaltungen anerkennen, Punktekonten und das Arztregister führen, die Gremiensitzungen organisieren, Ausbildungsverträge eintragen, rechtlichen Rat erteilen, die EDV weiterentwickeln und viele Tätigkeiten mehr.



Die Aufsichtsbehörde

Die Ärztekammer Bremen ist bei ihrer Verwaltungstätigkeit an Recht und Gesetz gebunden. Den Rahmen der Kammerarbeit bildet das Bremische Heilberufsgesetz. Aufsichtsbehörde ist die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit.

Ehrenamtliches Engagement in der Ärztekammer

Die Selbstverwaltung braucht das ehrenamtliche Engagement der Kammermitglieder. Ärztinnen und Ärzte, die Interesse an einer ehrenamtlichen Mitarbeit in der Delegiertenversammlung haben, nehmen in der Regel Kontakt mit den berufspolitischen Listen auf, die in der Delegiertenversammlung vertreten sind. Die Listenmitglieder treffen sich regelmäßig zum Austausch. Die Ansprechpartner der Listen, die zur Zeit in der Delegiertenversammlung vertreten sind, finden Sie im Anhang.

Die Mitarbeit in den Ausschüssen der Kammer ist unabhängig von einem Mandat in der Delegiertenversammlung möglich. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Geschäftsführung.

Der zahlenmäßig größte Teil der Kammermitglieder engagiert sich als Prüfer im Bereich der Weiterbildung und der Medizinischen Fachangestellten.

Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung kam im Jahr 2010 zu vier Sitzungen zusammen. Mit folgenden thematischen Schwerpunkten hat sich die Delegiertenversammlung beschäftigt:

Die Mitglieder der Delegiertenversammlung finden Sie im Anhang auf S. 76.

Epidemiologische Krebsregistrierung in Bremen: Brauchen wir eine Meldepflicht?

Anlässlich einer geplanten Änderung des Krebsregistergesetzes hatte die Ärztekammer Frau Dr. Sabine Luttmann, die Leiterin des Bremer Krebsregisters, eingeladen. Sie informierte die Delegiertenversammlung zunächst über die Aufgaben des Bremer Krebsregisters, seine Auswertungen und das Meldeprozedere. Bislang haben klinisch tätige Ärzte und Zahnärzte im Land Bremen das Recht, die Tumorerkrankung ihrer Patienten an das Krebsregister zu melden, die Patienten haben die Möglichkeit, der Meldung zu widersprechen. Nur die Pathologen trifft von Gesetzes wegen eine Meldepflicht. Eine Meldepflicht für die Ärztinnen und Ärzte könnte die Meldezahlen steigern, damit die Datenqualität verbessern und so die Aussagekraft der Analysen des Bremer Krebsregisters erhöhen. Denn während die Meldebereitschaft bei einigen Krebserkrankungen groß ist (Dickdarm, Lunge, Brustdrüse, Prostata), ist sie bei anderen eher gering, so dass die Vollständigkeitsquote zum Teil unter 85 % liegt (z. B. Magen, Hoden, Niere, Harnblase und Schilddrüse). Außerdem könnte eine gesetzliche Meldepflicht dem Arzt die Patienteninformation erleichtern. Dieser Meinung waren auch über 50 % der niedergelassenen und über 70 % der Krankenhausärzte, die das Bremer Krebsregister 2008 um ihre Meinung zu einer gesetzlichen Meldepflicht gebeten hatte. Auch die Delegierten verschlossen sich den Argumenten von Frau Dr. Luttmann nicht und hielten die Meldepflicht überwiegend für sinnvoll. Kritisch angemerkt wurden allerdings der bürokratische Aufwand und die geringe Vergütung.



Änderung der Weiterbildungsordnung

Ein wichtiges Thema im Jahr 2010 war die Änderung der Weiterbildungsordnung. In ihrer Septembersitzung übernahm die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen die Beschlüsse des 113. Deutschen Ärztetags vom Mai 2010 in Bremer Recht und setzte zugleich eigene Akzente.

Die wichtigste Änderung war sicherlich die Wiedereinführung der Allgemeinmedizin als eigenständiges Gebiet und die damit verbundene Trennung von dem Gebiet Innere Medizin. Neu eingeführt wurde außerdem die Zusatzbezeichnung Spezielle Viszeralchirurgie, gleichzeitig wurden die Inhalte der Facharztkompetenz Viszeralchirurgie verändert. Außerdem ist zukünftig der von der Ärztekammer zur Weiterbildung befugte Arzt verpflichtet, an Evaluationen und Qualitätssicherungsmaßnahmen der Ärztekammer zur ärztlichen Weiterbildung teilzunehmen. Des Weiteren umschrieben die Delegierten den Begriff der „persönlichen Eignung“, der Voraussetzung für die Erteilung einer Befugnis ist. An der persönlichen Eignung fehlt es zukünftig, wenn der Weiterbildungsbefugte seinen Pflichten als Weiterbilder nicht nachkommt, aber auch bei schwerwiegenden und anhaltenden Verstößen gegen die Berufsordnung oder das Arbeitszeitgesetz.

Haushalt und Finanzen

Die Finanzhoheit ist ein wesentliches Element der Autonomie der ärztlichen Selbstverwaltung. Sie liegt bei den Delegierten der Ärztekammer Bremen.

Die Delegiertenversammlung entschied in ihrer Sitzung am 21. Juni 2010 über den Jahresabschluss 2009 und entlastete den Vorstand auf der Grundlage des vorgelegten Abschlusses. Einzelheiten zu den Finanzen des Berichtsjahres 2010 finden Sie in diesem Bericht unter dem Punkt „Finanzen“. Zudem beschloss sie in ihrer Sitzung am 22. November 2010 den Haushalt für das Jahr 2011 und setzte den Hebesatz zur Ermittlung des Ärztekammerbeitrags für das Jahr 2011 auf 0,52 % fest. Der Hebesatz konnte damit konstant gehalten werden.

Schließlich stellte die Delegiertenversammlung den Jahresabschluss 2009 des Versorgungswerkes der Ärztekammer Bremen fest und entlastete den Aufsichts- und Verwaltungsausschuss.

Vorstand

Der Vorstand der Ärztekammer Bremen setzte sich im Jahr 2010 wie folgt zusammen:

Präsident:	Dr. med. Klaus-Dieter Wurche
Vizepräsidentin:	Dr. med. Heidrun Gitter
sowie drei Beisitzer:	Hubert Bakker Dr. med. Johannes Grundmann Dr. med. Jörg Hermann

Im Jahr 2010 fanden insgesamt 6 Vorstandssitzungen statt. Folgende Themen waren dabei von zentraler Bedeutung:

Vorbereitung der Delegiertenversammlungen

Der Vorstand bereitete die Delegiertenversammlungen inhaltlich vor. Er erarbeitete und beriet sämtliche Vorlagen und Probleme, die in der Delegiertenversammlung zu diskutieren und zu entscheiden waren. Schwerpunkt war die Änderung der Weiterbildungsordnung.

Weiterbildung

Im Rahmen der Weiterbildung diskutierte und entschied der Vorstand regelmäßig über Fragen der ärztlichen Weiterbildung. Sämtliche Befugnisse zur Weiterbildung sowie sämtliche Zulassungen als Weiterbildungsstätte werden vom Vorstand ausgesprochen. Der Vorstand benennt alle Fachvertreter und Prüfer, die im Auftrag der Ärztekammer Bremen tätig werden. Außerdem beriet und entschied der Vorstand drei Widersprüche gegen Weiterbildungsentscheidungen der Kammer.

Beteiligung an der Evaluation der Weiterbildung

Intensiv diskutierte der Vorstand die Ergebnisse der Evaluation der Weiterbildung, die im Frühjahr 2010 vorlagen. Nähere Informationen finden Sie im Kapitel Weiterbildung.



Berufsordnung

Auch im Jahr 2010 waren Berufsordnungsmaßnahmen Gegenstand der Vorstandsberatungen. Ergaben sich aufgrund von Patientenbeschwerden, durch Informationen anderer Institutionen oder auch durch Strafverfahren Hinweise, dass ein Kammermitglied die Vorschriften der Berufsordnung nicht eingehalten haben könnte, beriet der Vorstand die Einzelfälle gemeinsam mit dem Justitiar der Kammer. Der Vorstand verhängte zwei Rügen, die mit einer Geldauflage versehen wurden. In einem weiteren Fall beantragte der Vorstand beim Berufsgericht die Eröffnung eines berufsgerichtlichen Verfahrens. Ein Kammermitglied wurde zu einem persönlichen Gespräch mit dem Vorstand in die Ärztekammer eingeladen.

Novellierung der Berufsordnung

Auf dem 114. Deutschen Ärztetag in Kiel im Jahr 2011 steht eine Novelle der Berufsordnung auf der Agenda. Im Zuge des zweistufigen Normsetzungsverfahrens befasste sich der Vorstand 2010 mit den geplanten Änderungen und meldete das Ergebnis seiner Beratungen an die Gremien der Bundesärztekammer zurück.

Entwurf eines bremischen Krankenhausgesetzes

Auf der Grundlage der Beratungen des Krankenhausausschusses erörterte der Vorstand den Entwurf für ein bremisches Krankenhausgesetz und verfasste eine Stellungnahme, die die Grundlage für zahlreiche Einzelgespräche mit den Abgeordneten der bremischen Bürgerschaft und der mündlichen Anhörung im Januar 2011 bildete.

Haushalt und Finanzen

Ein wesentliches Steuerungselement des Vorstands ist die Aufstellung des jährlichen Haushaltsplans. Auch die kontinuierliche Überwachung der Einhaltung des Haushaltes ist eine der Kernaufgaben des Vorstands. Sie erfolgt über finanzielle Statusberichte, die die Geschäftsführung dem Vorstand regelmäßig jedes Quartal vorlegt. Dazu gehört ein Bericht über die Einnahmen aus Kammerbeiträgen und Gebühren, aber natürlich auch die Kontrolle der Ausgaben.

Medien- und Gremienarbeit

Die Vorstandsmitglieder sind Ansprechpartner der Medien zu gesundheitspolitischen und medizinischen Themen. Darüber hinaus führen die Vorstandsmitglieder Gespräche mit Vertretern der Institutionen im Gesundheitswesen und mit Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft. Die Mitglieder des Vorstandes vertreten die Kammer in der Öffentlichkeit sowie in verschiedenen Gremien der Bundesärztekammer. Die Mitglieder in den Gremien der Bundesärztekammer finden Sie im Gremienanhang.

Ärztliche Weiterbildung

Die Ärztekammer Bremen ist verantwortlich für die Weiterbildung des ärztlichen Nachwuchses im Lande Bremen. Sie regelt über ihre Weiterbildungsordnung und dazugehörige Richtlinien, welche Qualifikationen mit welchem Inhalt und in welchem Zeitraum erworben werden können, um eine entsprechende Bezeichnung führen zu dürfen.

Die Ärztekammer legt fest, welche Ärzte überhaupt befugt sind, den ärztlichen Nachwuchs weiterzubilden. Ein zur Weiterbildung befugter Arzt muss persönlich und fachlich geeignet sein, eine bestimmte technische Ausstattung vorhalten und die in der Weiterbildung geforderten Inhalte auch tatsächlich vermitteln können. Am Ende der Weiterbildung nimmt die Kammer die Weiterbildungsprüfungen ab.

Die Mitglieder des Ausschusses „Ärztliche Weiterbildung“ finden Sie im Anhang auf S. 78.

Aus der Arbeit des Ausschusses „Ärztliche Weiterbildung“

Der Ausschuss „Ärztliche Weiterbildung“ tagte im Jahr 2010 neunmal.

Die Zusammenarbeit von Verwaltung und ehrenamtlich tätigen Ärzten ist im Bereich der Weiterbildung besonders intensiv. So berät der Weiterbildungsausschuss nach gründlicher Vorbereitung durch die Verwaltung die zahlreichen Einzelanträge der Kammermitglieder auf Anerkennung von Gebiets-, Schwerpunkt- und Zusatzbezeichnungen. Außerdem berät er die Anträge auf Erteilung von Befugnissen zur Weiterbildung. Hierbei bringen die Mitglieder neben ihrem medizinischen Fachwissen vor allem ihre Kenntnisse von den Versorgungsstrukturen ein.

Es gab mehrfache Beratungen zur geplanten umfangreichen Änderung der Weiterbildungsordnung 2005. Diese Änderungen wurden für die (Muster-)Weiterbildungsordnung vom Deutschen Ärztetag 2010 befürwortet. Die Änderungen der Weiterbildungsordnung 2005 des Landes Bremen beschloss die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen am 27.09.2010.

Anerkennungen

Im Jahr 2010 wurden 206 Anträge auf Anerkennung von Gebiets-, Zusatz- und Schwerpunktbezeichnungen gestellt. Jeder Antrag wird von der Verwaltung der Kammer vorgeprüft, bevor er im Ausschuss „Ärztliche Weiterbildung“ beraten wird. Hier erfolgt entweder eine Prüfungszulassung oder die Anträge werden abgelehnt.



Anerkennungen 2010

	Erteilte Anerkennungen	nicht bestandene Prüfungen
Anerkennung in Facharzt-, Schwerpunktcompetenzen	110	5
Anerkennung in Zusatzbezeichnungen	67	4

Anerkennung von Bezeichnungen* in den Jahren 2009 und 2010

* ohne Zusatzbezeichnungen

Gebiete und Schwerpunkte	2009	2010
Gebiet Anästhesiologie	7	4
Gebiet Arbeitsmedizin	2	-
Gebiet Augenheilkunde	3	5
Gebiet Chirurgie		
- Allgemeinchirurgie bzw. Chirurgie gem. WbO '96	6	5
- Gefäßchirurgie	1	2
- Herzchirurgie bzw. Herzchirurgie gem. WbO '96	-	1
- Kinderchirurgie bzw. Kinderchirurgie gem. WbO '96	1	2
- Orthopädie und Unfallchirurgie	8	10
- Orthopädie gem. WbO '96	2	3
- Plastische und Ästhetische Chirurgie bzw. Plastische Chirurgie gem. WbO '96	1	-
- Thoraxchirurgie	-	1
- Schwerpunkt Unfallchirurgie gem. WbO '96	1	1
- Viszeralchirurgie	2	2
Gebiet Frauenheilkunde und Geburtshilfe	13	4
- Spez. Geburtshilfe u. Perinatalmedizin	3	-
- Spez. Gynäkologische Endokrinologie und Reproduktionsmedizin	-	1
- Spez. Gynäkologische Onkologie	-	2
Gebiet Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	2	3
Gebiet Haut- und Geschlechtskrankheiten	3	-
Gebiet Humangenetik	-	-

Gebiete und Schwerpunkte	2009	2010
Gebiet Innere Medizin	17	17
– (Innere und) Allgemeinmedizin bzw. Facharzt Allgemeinmedizin gem. WbO '96	7 5	4 7
– Endokrinologie und Diabetologie	–	–
– Gastroenterologie	3	2
– Hämatologie und Onkologie	3	2
– Kardiologie	2	2
– Nephrologie	8	–
– Pneumologie	1	–
– Rheumatologie	–	–
Gebiet Kinder- und Jugendmedizin	10	9
– Kinder-Hämatologie und -Onkologie	1	1
– Kinder-Kardiologie	–	1
– Neonatologie	2	1
– Neuropädiatrie	1	–
Gebiet Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie	–	1
Gebiet Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	1	–
Gebiet Nervenheilkunde gem. WbO '96	1	–
Gebiet Neurochirurgie	4	1
Gebiet Neurologie	5	3
Gebiet Nuklearmedizin	1	–
Gebiet Öffentliches Gesundheitswesen	–	1
Gebiet Pathologie		
– Neuropathologie	–	1
Gebiet Physikalische und Rehabilitative Medizin	–	1
Gebiet Psychiatrie und Psychotherapie	10	3
– Forensische Psychiatrie	–	–
Gebiet Radiologie	1	6
– Kinderradiologie	–	–
– Neuroradiologie	2	–
Gebiet Strahlentherapie	–	–
Gebiet Transfusionsmedizin	1	–
Gebiet Urologie	2	1
Gesamt	143	110



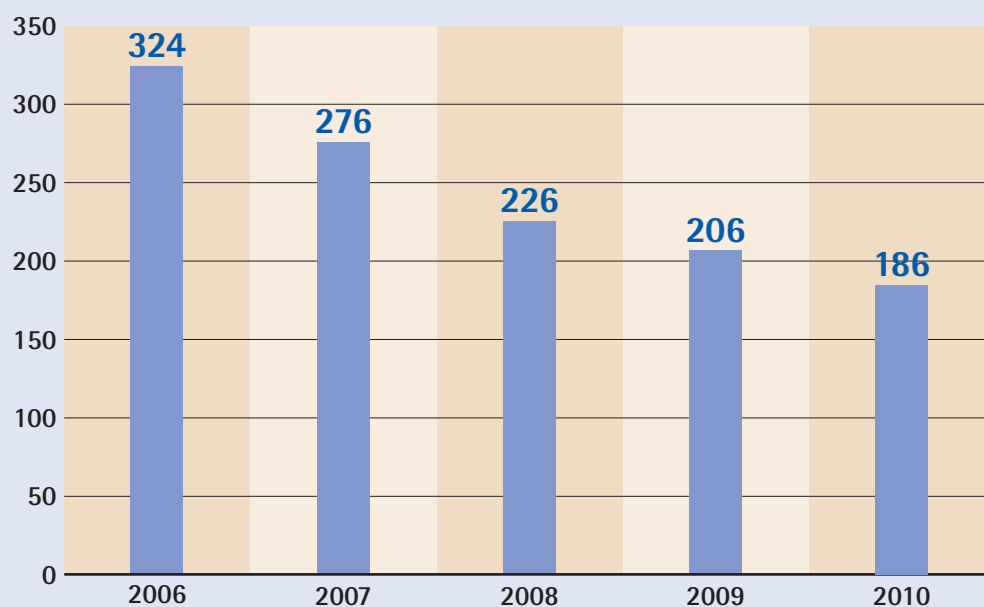
Anerkennung von Zusatzbezeichnungen in den Jahren 2009 und 2010

Zusatzbezeichnungen (Bereiche)	2009	2010
Ärztliches Qualitätsmanagement	1	1
Akupunktur	5	3
Allergologie	1	1
Andrologie	-	-
Diabetologie	1	-
Geriatric	1	-
Hämostaseologie	-	1
Handchirurgie	2	-
Homöopathie	-	1
Intensivmedizin	4	13
Kinder-Endokrinologie und -Diabetologie	1	-
Manuelle Medizin/Chirotherapie	2	6
Medikamentöse Tumorthherapie	1	2
Naturheilverfahren	-	1
Notfallmedizin	14	18
Palliativmedizin	5	6
Phlebologie	-	1
Physikalische Therapie u. Balneologie	-	-
Plastische Operationen	-	3
Psychoanalyse	-	-
Psychotherapie	2	-
Rehabilitationswesen	1	-
Schlafmedizin	1	1
Sozialmedizin	-	2
Spezielle Orthopädische Chirurgie	-	1
Spezielle Schmerztherapie	3	-
Spezielle Unfallchirurgie	-	2
Sportmedizin	2	-
Suchtmedizinische Grundversorgung	8	4
Gesamt	55	67

Prüfungen

Im Jahr 2010 wurden 186 Weiterbildungsprüfungen durchgeführt. Diese führten zur Anerkennung von 177 Facharzt-, Schwerpunkt- oder Zusatzbezeichnungen.

Durchgeführte Prüfungen 2006 – 2010



Nichtbestandene Prüfungen 2010

Fachgebiet/Zusatzbezeichnung	Anzahl
Herzchirurgie	1
Innere und Allgemeinmedizin (Hausarzt)	1
Innere Medizin	1
Physikalische und Rehabilitative Medizin	1
Schwerpunkt Unfallchirurgie	1
Zusatzbezeichnung Ärztliches Qualitätsmanagement	1
Zusatzbezeichnung Infektiologie	1
Zusatzbezeichnung Manuelle Medizin	1
Zusatzbezeichnung Spezielle Schmerztherapie	1



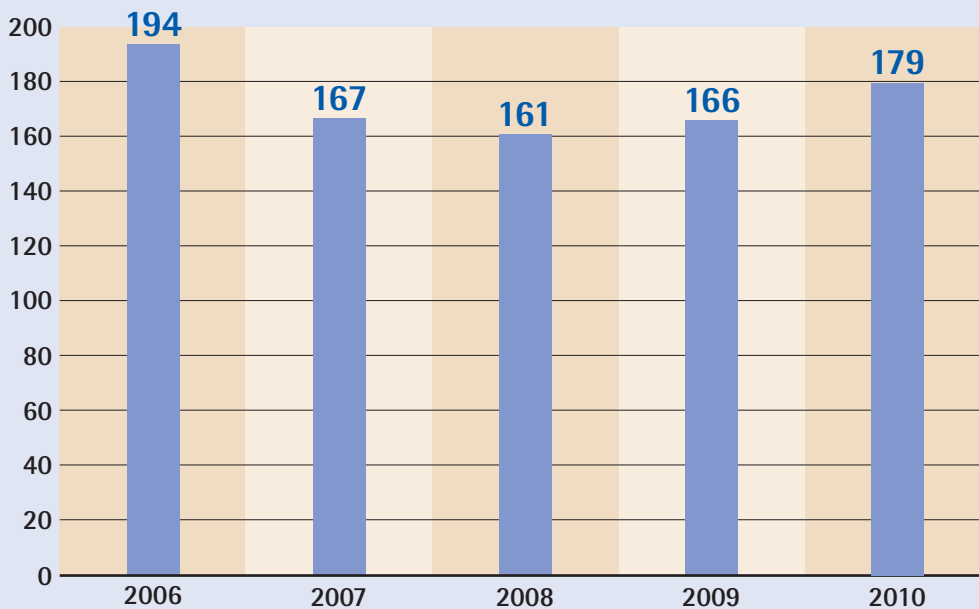
Gleichwertigkeitsprüfungen

Die Ärztekammer führt im Auftrag der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit ebenfalls die sog. „Gleichwertigkeitsprüfungen“ durch, wenn die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes bei ausländischen Ärzten nicht gegeben oder sie nur mit unangemessenem zeitlichen oder sachlichen Aufwand feststellbar ist. Im Jahr 2010 haben insgesamt drei Gleichwertigkeitsprüfungen stattgefunden, davon führten zwei Prüfungen zur Erteilung der Approbation.

Weiterbildungsbefugnisse

Im Jahr 2010 wurden 179 Anträge auf Erteilung oder Fortschreibung einer Weiterbildungsbefugnis gestellt.

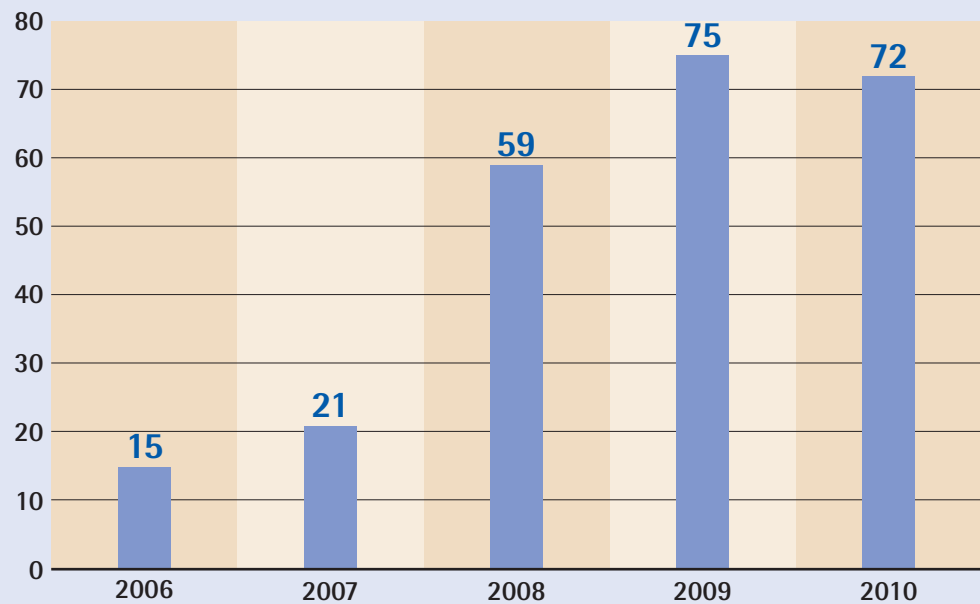
Erteilung/Änderung von Befugnissen



Zulassung von Weiterbildungsstätten

Im Jahr 2010 wurden 72 Weiterbildungsstätten zugelassen.

Zulassung von Weiterbildungsstätten 2010

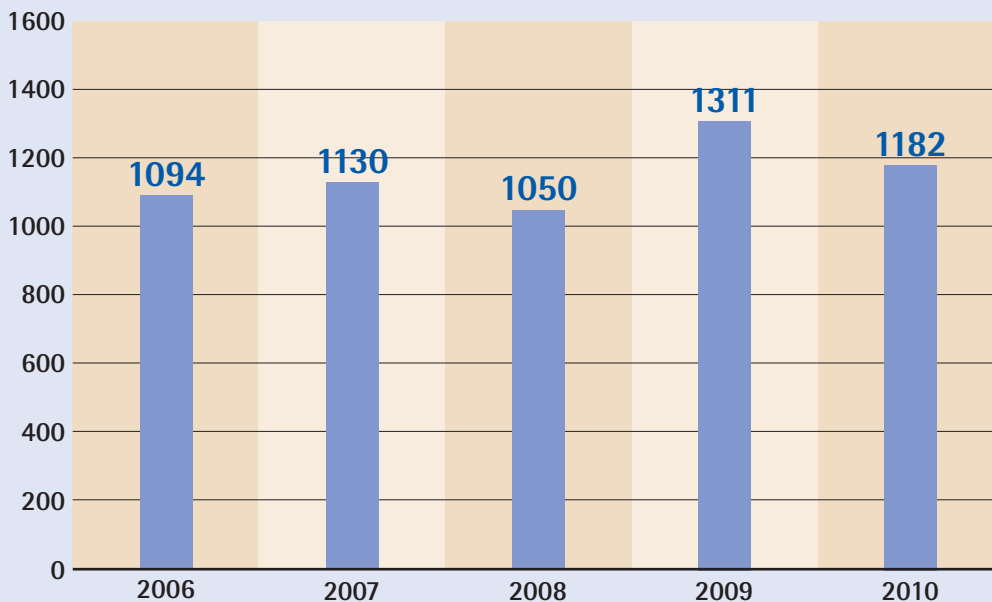




Posteingang

Die Weiterbildungsabteilung verzeichnete im Jahr 2010 einen Posteingang von 1.182 Vorgängen.

Posteingang 2006 – 2010



Thematische Aufteilung des Posteingangs

	Anzahl
Anfragen	609
Anträge auf Anerkennungen gem. Weiterbildungsordnung	206
Anträge auf Erteilung einer neuen Weiterbildungsbefugnis	69
Anträge auf Änderung/Fortschreibung einer Weiterbildungsbefugnis	110
Anträge auf Zulassung einer Weiterbildungsstätte	69
Anträge auf Erteilung eines Qualifikationsnachweises	5
Anträge Fachkunde Strahlenschutz	66
Anträge auf EU-Konformitätsbescheinigungen	14
Anträge Gleichwertigkeitsprüfung	4
Vorgänge Hämotherapie	30
Summe	1182

Klagen und Widersprüche

Die Ärztekammer verzeichnete im Jahr 2010 3 neue Widersprüche (Vorjahr: 24). 3 Widersprüchen wurde stattgegeben, 1 Widerspruch wurde zurückgezogen, 1 Widerspruch war zum Ende des Jahres noch nicht entschieden. 1 abgelehnter Widerspruch wurde beklagt.

Am 1. Januar 2010 waren 17 Klagen anhängig, davon betrafen 12 als Sammelklage den gleichen Streitgegenstand. Im Laufe des Jahres 2010 wurde 1 neue Klage erhoben.

Evaluation der Weiterbildung

Die Ergebnisse der im Jahr 2009 abgeschlossenen bundesweiten Umfrage zur Evaluation der Weiterbildung standen im März 2010 fest. Es wurden ein Bundesrapport und Länderrapporte für die einzelnen Kammerbereiche veröffentlicht. Außerdem wurden individuelle Befugtenberichte für einzelne Weiterbildungsstätten herausgegeben. Voraussetzung war, dass sich mindestens 4 Weiterzubildende einer Weiterbildungsstätte beteiligt hatten, bzw. dass die Weiterzubildenden die Freigabe für die Erstellung des individuellen Befugtenberichtes erteilt hatten. Im Land Bremen haben 78 Weiterbildungsstätten einen individuellen Befugtenbericht erhalten. Davon sind 65 Abteilungen einer Klinik, 13 gehören zum niedergelassenen oder einem anderen klinischen Bereich. Die Evaluation der Weiterbildung war das Schwerpunktthema der Juli/August-Ausgabe des Bremer Ärztejournal.



Weiterbildungsabend

Erstmals lud der Präsident der Ärztekammer, Herr Dr. Klaus-Dieter Wurche, alle Weiterbildungsbefugten zu einem Weiterbildungsabend ein. Rund 60 Ärztinnen und Ärzte nahmen am 28. September 2010 in den Räumen des Fortbildungszentrums teil.

Zunächst berichtete Frau Bruns-Matthießen, die Leiterin der Abteilung Weiterbildung, worauf in der Weiterbildung zu achten ist. Sie machte deutlich, dass an den Rahmenbedingungen kurzfristig nichts geändert werden kann, dass es aber doch trotz der oftmals schwierigen Bedingungen für Weiterbildungsbefugte Instrumente gibt, die Motivation ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu steigern. Sie nannte insbesondere die individuellen Rotationspläne für die Weiterzubildenden und die mindestens einmal jährlich durchzuführenden Gespräche zum Stand der Weiterbildung.

Anschließend stellte Frau Regine Heiland, Kommunikationspsychologin und langjährige Mitarbeiterin des bekannten Hamburger Instituts Schulz von Thun, die Grundlagen der wertschätzenden Kommunikation vor. Ihr Vortragsthema lautete „Zur Förderung eines guten Betriebsklimas: Professionelles Feedback in der Balance zwischen Ermutigung und Ehrlichkeit“. In lockerer Atmosphäre schaffte sie es, durch praktische Beispiele und kleinere Übungen eine aktive Beteiligung aller Zuhörer zu erreichen.

Die ausgesprochen positive Resonanz des Publikums auf diesen ersten Weiterbildungsabend hat uns veranlasst, über eine Fortsetzung nachzudenken.

Akademie für Fort- und Weiterbildung

Es ist eine der zentralen Aufgaben der Kammer, ihren Mitgliedern ein breites Angebot an Fortbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten und die Fortbildungsaktivitäten über ein sog. Punktekonto zu erfassen. Damit ermöglicht die Kammer ihren niedergelassenen Mitgliedern den Nachweis ihrer Fortbildungsaktivitäten gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung und ihren angestellten Mitgliedern gegenüber dem Ärztlichen Direktor.

Die Mitglieder des Beirats der Akademie für Fort- und Weiterbildung finden Sie im Anhang auf S. 77.

Aus der Arbeit des Beirats der Akademie für Fort- und Weiterbildung

Der Beirat der Akademie für Fort- und Weiterbildung hat 2010 zweimal getagt. Es wurden bundesweit relevante Themen besprochen, wie die Qualitätskriterien für E-Learning, die Änderungen der Musterfortbildungsordnung und die Empfehlungen zur ärztlichen Fortbildung der Bundesärztekammer.

Die Reihe „Fit für den Facharzt“ konnte um zwei Fächer erweitert werden, Chirurgie und Gynäkologie begannen im Jahr 2010. Weiterhin wurde die Möglichkeit einer Lernplattform gemeinsam mit anderen Kammern diskutiert.

Fortbildungszertifikate

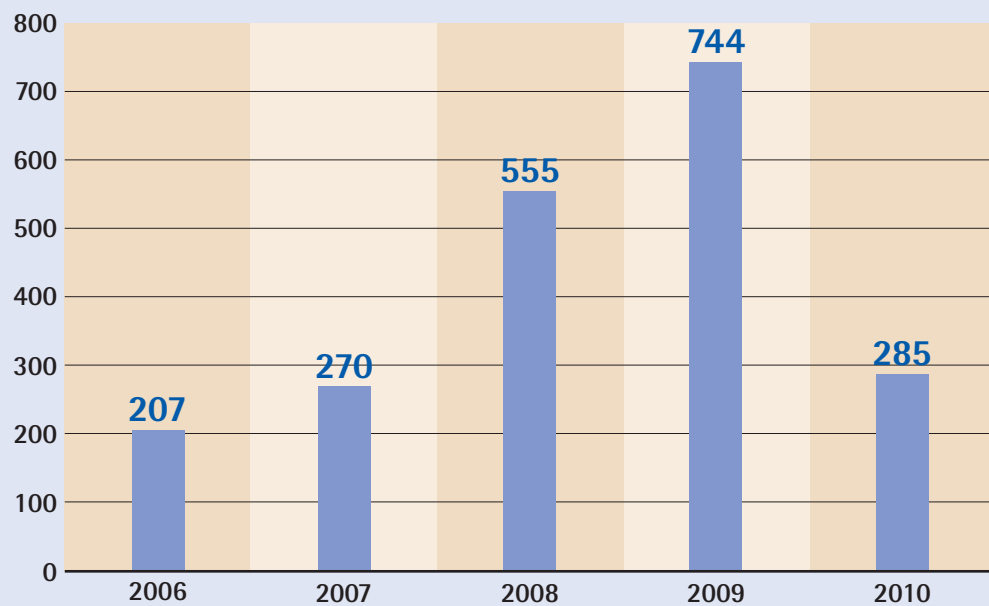
Seit dem 1. Juli 2004 sind alle Vertragsärztinnen und -ärzte verpflichtet, ihre regelmäßige Fortbildung in Form von Fortbildungspunkten nachzuweisen. Sie müssen in einem Zeitraum von fünf Jahren 250 Fortbildungspunkte erwerben und nachweisen. Als Nachweis dient das Fortbildungszertifikat der Ärztekammer. Seit dem 1. Januar 2006 gilt diese Nachweispflicht auch für die am Krankenhaus angestellten Fachärzte. Das Zertifikat der Ärztekammer wird von der Kassenärztlichen Vereinigung und den Klinikleitungen anerkannt.

Während im Vorjahr der Nachweiszeitraum für Ärztinnen und Ärzte in der vertragsärztlichen Versorgung endete, waren Ende des Jahres 2010 die Fachärztinnen und Fachärzte im Krankenhaus nachweispflichtig.

Die Zahl der ausgestellten Zertifikate sank im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr. Wurden 2009 744 Zertifikate ausgestellt, belief sich deren Zahl 2010 auf 285.



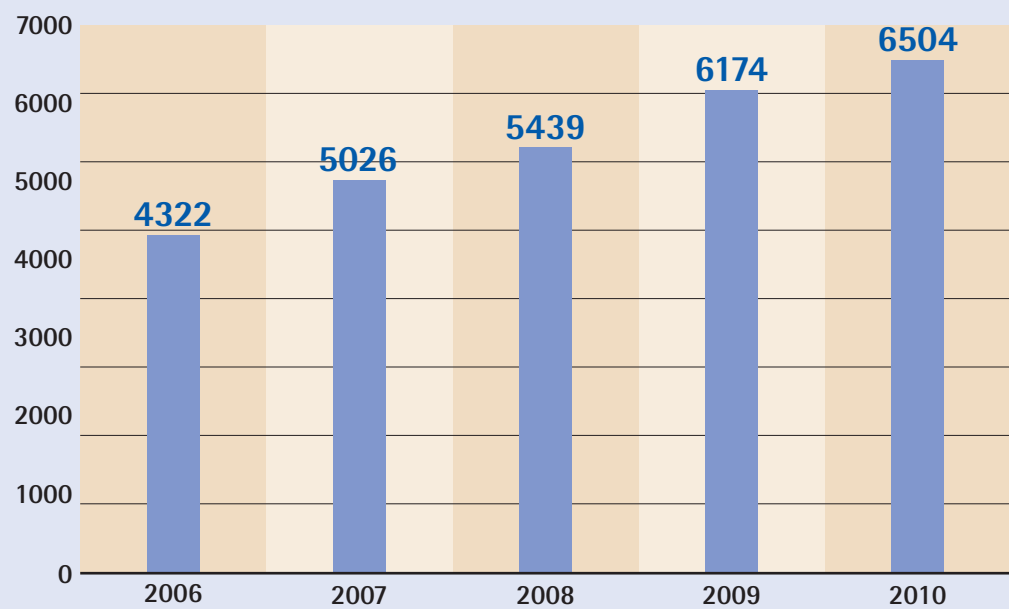
Zertifikate 2006 – 2010



Anerkennung von Fortbildungsveranstaltungen

Die Zahl der Anerkennungen von Fortbildungsveranstaltungen stieg 2010 erneut an. 2009 wurden 6174 Veranstaltungen anerkannt, 2010 waren es 6504 Veranstaltungen. Dies entspricht einer Steigerung von 5,3 %. Von diesen Veranstaltungen fanden 283 (im Vorjahr 274) regelmäßig statt mit vier bis 200 Terminen/Jahr.

Anerkannte Veranstaltungen 2006 – 2010





Eigene Veranstaltungen

Auch im Jahr 2010 hat die Akademie für Fort- und Weiterbildung der Ärztekammer Bremen zahlreiche eigene Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen angeboten. Mit insgesamt 144 Veranstaltungen in Bremen und Bremerhaven erreichte die Ärztekammer 2653 Ärztinnen, Ärzte, Medizinische Fachangestellte sowie Vertreter/innen anderer Berufsgruppen. Leider mussten auch einige Veranstaltungen aufgrund mangelnder Nachfrage abgesagt werden.

Das Modulare Curriculum Psychotraumatologie – eine Kooperation mit verschiedenen Institutionen – wurde bereits im sechsten Jahr erfolgreich angeboten.

Im Bereich der Palliativmedizin fand im Jahr 2010 Modul 3 des Aufbaukurses statt. Weiterhin wurde ein Grundkurs angeboten.

Der Zytologietag – inzwischen eine feste Institution im Veranstaltungskalender – stieß auch 2010 wieder auf breite Resonanz mit Teilnehmern aus der gesamten Bundesrepublik.

Gemeinsam mit der Bremer Krebsgesellschaft konnten mehrere Kommunikationsseminare (Kompass®) angeboten werden. In Kleingruppen erfolgte ein intensives Training unter Einsatz von Medientechnik zum Feedback.

Weitere Kooperationsveranstaltungen zu Themen wie Einführung von Beikost und Motorische Entwicklung des Säuglings und Frühförderung wurden mit dem Hebammenlandesverband, dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte und dem Zentralverband der Physiotherapeuten/Krankengymnasten realisiert.

Themen wie Arbeitssicherheit und Qualitätsmanagement fanden sich ebenso im Veranstaltungskatalog wie Englisch-Kurse

Der Dank der Akademie für Fort- und Weiterbildung gilt auch in diesem Jahr wieder den vielen Ärztinnen und Ärzten der Ärztekammer Bremen, die die Akademie mit ihrem Expertenwissen unterstützten.

Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen der Akademie für Fort- und Weiterbildung

Thema	Teilnehmer (gesamt)
Psychosomatische Grundversorgung, 6 Termine	166 Teilnehmer
Fit für den Facharzt Radiologie, 10 Termine	157 Teilnehmer
Fit für den Facharzt Innere Medizin, 10 Termine	84 Teilnehmer
Fit für den Facharzt Gynäkologie, 5 Termine	64 Teilnehmer
Fit für den Facharzt Chirurgie, 5 Termine	43 Teilnehmer
Grundkurs Palliativmedizin	20 Teilnehmer
Palliativmedizin Aufbaukurs Modul 3	16 Teilnehmer
Betriebsmedizinische und sicherheitstechnische Aspekte in der Arztpraxis, 2 Termine	45 Teilnehmer
Schwanger und drogenabhängig	62 Teilnehmer
Strahlenschutzkurs, 2 Termine	65 Teilnehmer
Weiterbildungsabend	52 Teilnehmer
Beikosteneinführung bei Säuglingen	80 Teilnehmer
Nationale Versorgungsleitlinien Depression	43 Teilnehmer
Frühintervention bei alkoholgefährdeten Patienten	7 Teilnehmer
Arbeitskreis Hämotherapie, 2 Termine	34 Teilnehmer
QEP	19 Teilnehmer
Sozialmedizinisches gutachterliches Kolloquium	21 Teilnehmer
Kompass – Kommunikative Kompetenz zur Verbesserung d. Arzt-Patient-Beziehung, 6 Termine	42 Teilnehmer
Moderatorentraining	16 Teilnehmer
Interdisziplinäres Symposium Störungen d. motorischen Entwicklung d. Säuglings u. Frühförderung	105 Teilnehmer
Forum Junge Medizin, 2 Termine	14 Teilnehmer
Medical English für Ärztinnen und Ärzte	10 Teilnehmer
Zytologietag	112 Teilnehmer
Bremer Curriculum für Spezielle Psychotraumatologie	132 Teilnehmer
– Grundlagen der Psychotraumatologie	
– Grundlagen der Traumatherapie	
– Täterarbeit im ambulanten Setting – Tätertherapie bei sexuellen Grenzverletzungen	
– Dialektisch-Behaviorale Therapie bei Trauma und Persönlichkeitsstörungen	
– Psychodynamisch-Imaginative Traumatherapie (PITT)	
Gesamt	1409 Teilnehmer



Das Fortbildungszentrum

Das Fortbildungszentrum der Ärztekammer Bremen befindet sich auf dem Gelände des Klinikums Bremen-Mitte. Es handelt sich um einen größeren Vortragsraum für ca. 80 TeilnehmerInnen und einen kleineren Seminarraum für ca. 20 TeilnehmerInnen. Zusätzlich gibt es eine Büro-/Küchenkombination. Die überwiegende Zahl der Veranstaltungen der Akademie für Fort- und Weiterbildung finden in diesen Räumen seit 2005 statt. Ärztinnen und Ärzten der Ärztekammer Bremen steht das Fortbildungszentrum auf Anfrage zur Verfügung. Im Jahr 2010 fanden an 141 Tagen Veranstaltungen dort statt. Besonders Mittwochnachmittags und am Wochenende sind die Räume sehr gut ausgelastet. Zur Betreuung vor Ort stehen vier Mitarbeiterinnen zur Verfügung, die auf 400-Euro-Basis bei der Ärztekammer beschäftigt sind.

Fortbildung für Medizinische Fachangestellte

Nach der Überarbeitung der Aufstiegsfortbildung Arztfachhelferin zur Fachwirtin für die ambulante medizinische Versorgung wurde erneut eine Kooperation mit der Ärztekammer Niedersachsen vereinbart. In Bremen werden drei Module der Fortbildung angeboten, die im Jahr 2010 begannen.

Die Themen Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, Risikopatienten und Notfallmanagement sowie Durchführung der Ausbildung werden von der Ärztekammer Bremen angeboten. Ein gemeinsamer Prüfungsausschuss mit der Ärztekammer Niedersachsen wurde eingerichtet. Die Aufstiegsfortbildung erfreut sich einer regen Nachfrage.

Darüber hinaus werden zahlreiche weitere Fortbildungen für Medizinische Fachangestellte angeboten.

Die Themen sind so vielseitig wie die Aufgaben in der Praxis. Vom Aktualisierungskurs Strahlenschutz über Konfliktmanagement bis Telefontraining reicht das Angebot. Regelmäßige Impf-Fortbildungen, Veranstaltungen zu Hygiene, aber auch Kommunikationstrainings und Englischkurse runden das Programm ab. Bereits in der Berufsschule können Auszubildende Kurse zu Themen wie Blutentnahme, Urinuntersuchung, EKG, Hauterkrankungen oder Verbandskurse besuchen. Zahlreiche weitere Fortbildungen stehen ihnen zu reduzierten Gebühren offen.

Im Einzelnen wurden folgende Fortbildungen für MFA angeboten:

Veranstaltung/Thema	Teilnehmer (gesamt)
Hygiene, 4 Termine	66 Teilnehmer
Professionell telefonieren, 2 Termine	24 Teilnehmer
Impfen	12 Teilnehmer
Die Rezeption professionell u. freundlich, 2 Termine	32 Teilnehmer
Medical English	17 Teilnehmer
Aktualisierung Strahlenschutz, 2 Termine	65 Teilnehmer
EKG, 10 Termine	99 Teilnehmer
Konflikt- und Beschwerdemanagement	10 Teilnehmer
Grundkurs Strahlenschutz, 2 Termine	32 Teilnehmer
Gastroenterologische Endoskopie, 2 Termine	30 Teilnehmer
Sicherer Umgang mit schwierigen Patienten, 4 Termine	51 Teilnehmer
Injektionen, 2 Termine	24 Teilnehmer
Onkologie-Fortbildung, 3 Termine	46 Teilnehmer
Erste Hilfe am Kind	14 Teilnehmer
Fachwartin für die ambulante Medizinische Versorgung	
Modul Durchführung der Ausbildung, 4 Termine	92 Teilnehmer
Modul Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, 4 Termine	88 Teilnehmer
Modul Risikopatienten und Notfallmanagement, 4 Termine	88 Teilnehmer
Konflikt- und Gefahrensituation in Praxen	14 Teilnehmer
Briefknigge, 2 Termine	40 Teilnehmer
Gesamt	844 Teilnehmer



Fortbildung für MFA-Auszubildende

Neben den Fortbildungen für Medizinische Fachangestellte bietet die Ärztekammer spezielle Fortbildungen für Auszubildende an. Um die Zugangsschwelle niedrig zu halten, finden diese Veranstaltungen in der Berufsschule statt. Um das Fortbildungsangebot für besonders interessierte Auszubildende zu erweitern, kommen die Auszubildenden außerdem bei den MFA-Fortbildungen in den Genuss ermäßigter Teilnehmergebühren.

Folgende, speziell auf die Auszubildenden zugeschnittene Fortbildungsangebote wurden durchgeführt:

Veranstaltung/Thema	Teilnehmer (gesamt)
Infektionen des weiblichen Genitaltraktes	15 Teilnehmer
Verbandskurs, 2 Termine	32 Teilnehmer
Blutentnahme, 3 Termine	51 Teilnehmer
Hauterkrankungen, 2 Termine	32 Teilnehmer
Diabetes	23 Teilnehmer
Blutdruckmessung	20 Teilnehmer
Prüfungsvorbereitender Unterricht, 7 Termine	115 Teilnehmer
Hygiene Bremerhaven	6 Teilnehmer
Blutabnahme Bremerhaven, 2 Termine	40 Teilnehmer
Gesamt	334 Teilnehmer

Fortbildung in Bremerhaven

In Bremerhaven haben zwei Fortbildungsveranstaltungen stattgefunden. Die Fortbildung zum Thema Risk-Management besuchten 40 Teilnehmer. Die Veranstaltung zur Interventionellen Therapie der pAVK besuchten 26 Ärztinnen und Ärzte. Im weiteren Jahresverlauf hat der Fortbildungsausschuss Bremerhaven seine Aktivitäten im Jahr 2010 ruhen lassen

Ärztliche Berufsausübung

Alle im Land Bremen tätigen Ärztinnen und Ärzte müssen sich an die ärztlichen Berufspflichten halten, die in der Berufsordnung für Ärztinnen und Ärzte festgelegt sind. Die Ärztekammer Bremen erlässt diese Berufsordnung und wacht über die Einhaltung der Berufspflichten.

Zudem ist es der gesetzliche Auftrag der Kammer, auf Antrag des Patienten bei Streitigkeiten aus dem Behandlungsverhältnis zwischen Kammerangehörigen und Patienten zu vermitteln. Auch die Schlichtung bei Streitigkeiten zwischen Kammermitgliedern gehört zu den gesetzlichen Aufgaben der Kammer.

Patientenbeschwerden

Um der Aufgabe, bei Streitigkeiten zwischen Patienten und Kammermitgliedern zu vermitteln, effektiv nachkommen zu können, hat die Ärztekammer einen Beschwerdeausschuss eingerichtet, dem 11 ehrenamtlich tätige Ärztinnen und Ärzte aus verschiedenen Fachrichtungen im Jahr 2010 angehörten. Nachdem die Stellungnahme des betroffenen Arztes eingeholt ist, wird jede Patientenbeschwerde im Beschwerdeausschuss beraten. Nur diejenigen Beschwerden, bei denen offenkundig der Verdacht auf eine schwerwiegende Verletzung der Berufspflichten vorliegt, fallen in die unmittelbare Zuständigkeit des Vorstands. Außerdem verweisen wir Beschwerdeführer, die einen Behandlungsfehler behaupten, an die Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen in Hannover.

Aus der Arbeit des Beschwerdeausschusses

Im Beschwerdeausschuss werden die bei der Ärztekammer von Patienten über Ärzte eingereichten Einzelbeschwerden beraten, nachdem die Kolleginnen und Kollegen Stellung genommen haben. Danach wird ein Lösungs- oder Schlichtungsvorschlag gemacht, der dem Patienten und dem Arzt über die Geschäftsstelle zugesandt wird. Wenn der Verdacht auf einen Verstoß gegen die Berufsordnung besteht, wird aufgrund der Beschwerde ein Prüfverfahren eingeleitet.

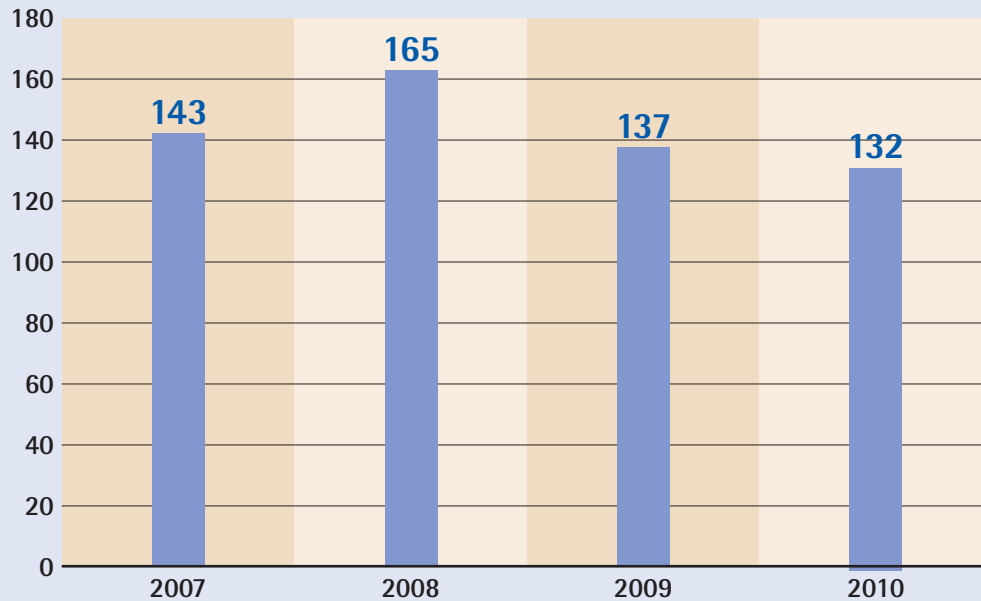
Der Beschwerdeausschuss hat im Jahr 2010 sechsmal getagt: Im Jahr 2010 ist die Zahl der direkt bei der Ärztekammer eingegangenen Beschwerden mit 132 rückläufig gewesen (2009: 137). Allerdings ist die die Prüfung der Rechnungsbeschwerden, von denen insgesamt 42 zu bearbeiten waren, sehr zeitintensiv.

**Die Mitglieder
des Beschwerde-
ausschusses finden
Sie im Anhang
auf S. 79.**



Patientenbeschwerden 2007 – 2010 *

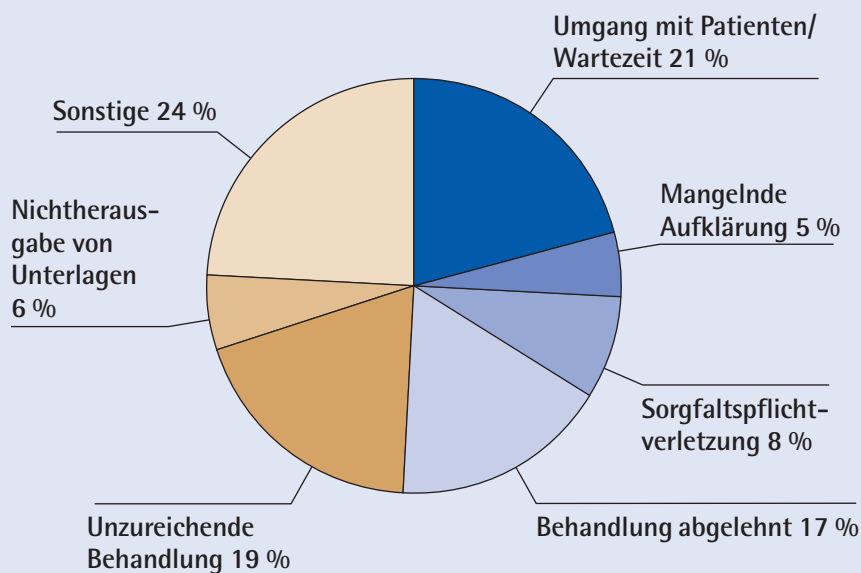
* ohne Arzthaftpflichtfragen



Allgemeine Patientenbeschwerden

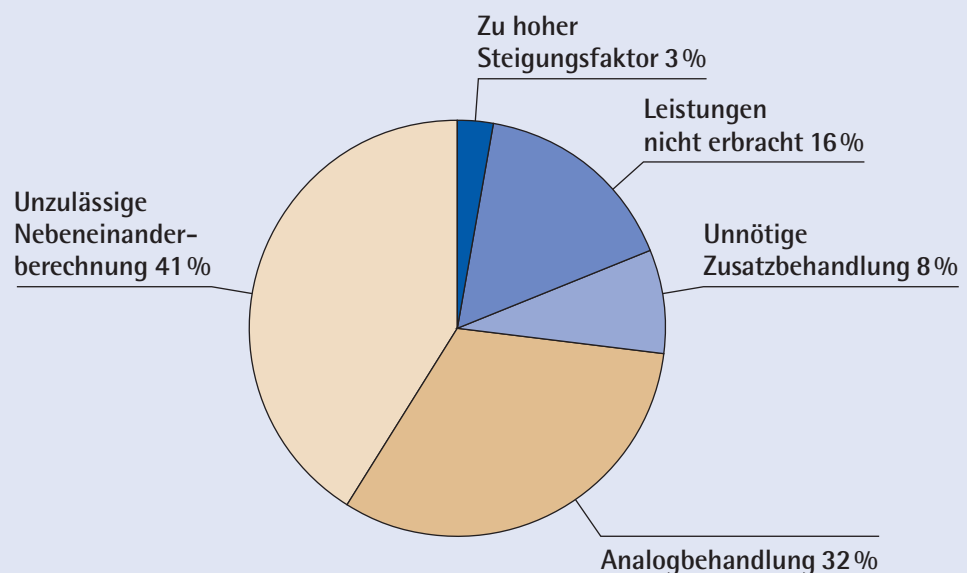
Die allgemeinen Patientenbeschwerden sind leicht gesunken (2010: 90 Beschwerden; 2009: 100 Beschwerden). Die folgende Grafik zeigt die häufigsten Gründe für Patientenbeschwerden (drei und mehr Beschwerden):

Patientenbeschwerden 2010



Beschwerden über Rechnungen

Im Jahr 2010 sind insgesamt 42 Beschwerden eingegangen, die sich auf die Rechnungsstellung der Ärzte bezogen (Vorjahr: 37 Beschwerden). Die Bearbeitung dieser Beschwerden ist sehr zeitintensiv, da es sich häufig um komplexe Rechnungen handelt. Die Gründe für die Beschwerden ergeben sich aus der folgenden Übersicht:



Die Beschwerden über unrichtige Rechnungsstellungen werden nicht nur von Patienten, sondern häufig auch von privaten Krankenversicherungen oder öffentlichen Beihilfestellen eingereicht. Anhaltende Schwierigkeiten bereitet die auf Grund der Überalterung der GOÄ weiterhin notwendige Analogbewertung. Beschwerden über die Berechnung von IGeL-Leistungen gehen selten bei der Ärztekammer ein.

Berufsrechtliche Verfahren

Im Berichtsjahr musste sich der Vorstand lediglich mit einem Kammermitglied befassen, bei dem der Verdacht auf einen schwerwiegenden Verstoß gegen berufsrechtliche Pflichten bestand. Diesem Vorgang lagen allerdings zahlreiche gleich lautende Patientenbeschwerden zu Grunde. Der Vorstand verhängte eine Rüge, die er mit einer Geldauflage verband. Der betroffene Arzt hat gegen diese Rüge den Rechtsweg beschritten, über die Beschwerde ist noch nicht entschieden.



Schlichtungsverfahren in Arzthaftpflichtfragen

Behandlungsfehlervorwürfe können Patienten in einem für sie kostenlosen außergerichtlichen Schlichtungsverfahren klären lassen. Durchgeführt wird dieses Verfahren von der gemeinsamen Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen in Hannover. Diese Einrichtung wird von den Ärztekammern Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen gemeinsam getragen.

Die Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen arbeitet aktiv in mehreren Gremien zum Thema Fehlervermeidung und Sicherheitskultur in der Medizin mit. Sie ist an Arbeitsgruppen des Aktionsbündnisses Patientensicherheit beteiligt und hat eine eigenständige Klassifikation zur Aufarbeitung von Medizinschadensfällen erstellt.

Das Schlichtungsverfahren findet statt, wenn der Patient, der betroffene Arzt und sein Haftpflichtversicherer dem Verfahren zustimmen. Das Verfahren beginnt mit einer Untersuchung des Behandlungsfehlervorwurfs durch neutrale Gutachter. Bestätigen die Gutachter den Behandlungsfehlervorwurf, so können sich Arzt und Patient im Anschluss an das Schlichtungsverfahren vergleichen.

Im Berichtsjahr wurden von 199 anhängigen Verfahren 103 bearbeitet. Begutachtet wurden 63 Fälle, 40 wurden wegen Nichtzuständigkeit, Antragsrücknahme oder Widerspruch keiner Sachentscheidung zugeführt. Von den 63 begutachteten Fällen waren 41 unbegründet, in 19 Fällen wurde ein Behandlungsfehler bestätigt, 3 konnten durch einen beratenden Hinweis erledigt werden.

Bremer Behandlungsfehlerstatistik 2007-2010*

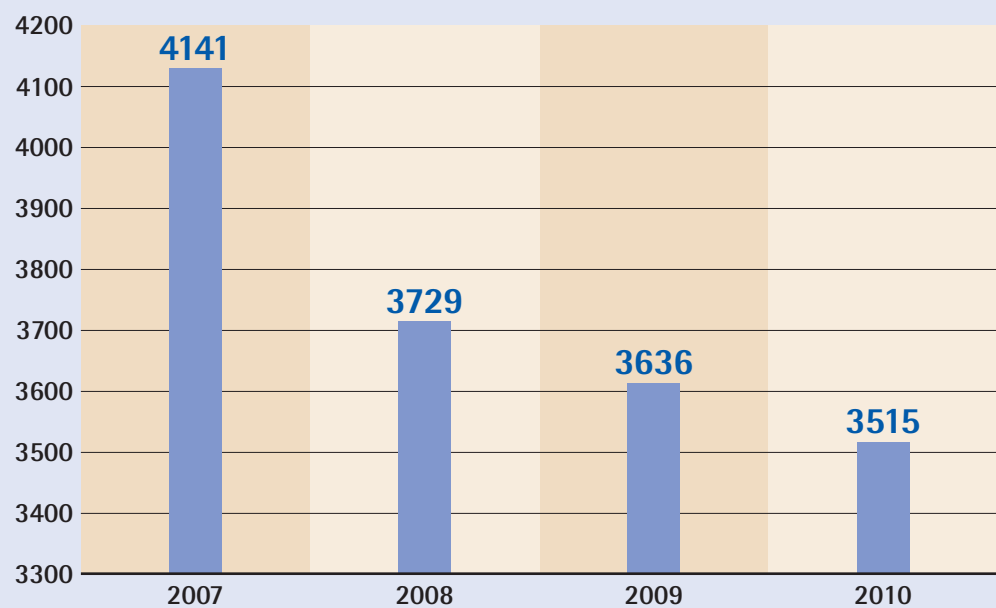
* nach der Statistik der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen Hannover

	2007	2008	2009	2010
Bestand aus dem Vorjahr	96	82	91	83
Neueingänge	91	112	111	116
Erledigungen	105	103	119	103
Ablehnung wegen Nichtzuständigkeit, Antragsrücknahme, Widerspruch	30	46	44	40
Ansprüche unbegründet	57	41	54	41
Ansprüche begründet	15	16	21	19
Behandlungsfehlerquote bei den begutachteten Fällen	21 %	28 %	28 %	30 %

Der Verein „Unabhängige Patientenberatung Bremen“

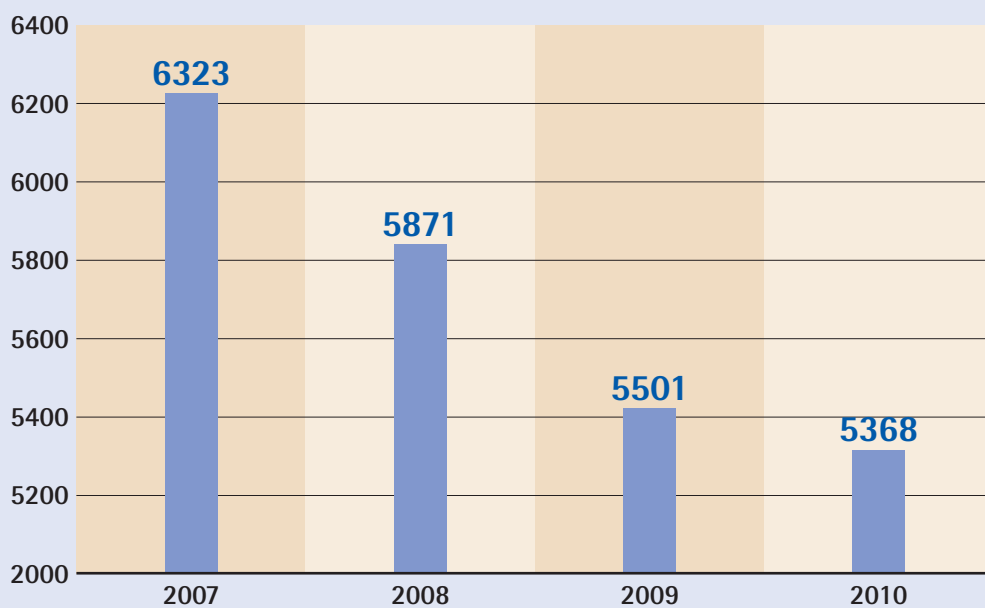
Die Unabhängige Patientenberatung wird in Bremen von einem Verein getragen, dessen Mitglieder die Ärztekammer, die Krankenkassen, die Krankenhausgesellschaft, die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, die Psychotherapeutenkammer und die Zahnärztekammer sind. Die Unabhängige Patientenberatung hat ihren Sitz in der Richard-Wagner-Straße 1a, 28209 Bremen. Sie gibt jährlich einen eigenen Tätigkeitsbericht heraus, der unter www.patientenberatung-bremen.de abgerufen werden kann.

Ratsuchende Personen 2007 – 2010





Zahl der Beratungen 2007 – 2010



Während die Zahl der ratsuchenden Personen im Jahr 2010 leicht rückläufig war, blieb die Anzahl der Beratungen mit circa 5400 fast konstant. Dabei ist zu beachten, dass diese Arbeit nach dem Wegfall einer Teilzeitstelle mit insgesamt 22,5 Wochenstunden von nur noch 4 Teilzeitmitarbeiterinnen bewältigt werden muss.

Medizinische Fachangestellte (MFA)

Die Ärztekammer ist im Land Bremen für die Ausbildung der der Medizinischen Fachangestellten zuständig. Sie prüft und registriert die Ausbildungsverträge, führt die Zwischen- und Abschlussprüfungen durch, informiert zu allen Fragen rund um den Ausbildungsberuf und koordiniert die Fort- und Weiterbildung der MFA und der Auszubildenden. Außerdem wacht die Kammer über die persönliche und fachliche Eignung der ausbildenden Ärzte und stellt sicher, dass die Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes und der Ausbildungsordnungen eingehalten werden.

Die Mitglieder des Berufsbildungsausschusses Bremen finden Sie im Anhang auf S. 78.

Berufsbildungsausschuss

Der Berufsbildungsausschuss Bremen hat im Jahr 2010 zweimal getagt.

Thematisch informierte sich der Ausschuss über den jeweils aktuellen Stand bei den praktischen Prüfungen. In der Frühjahrssitzung wurde über die Tätigkeit des Ausbildungsberaters sowie über die Arbeit des Schlichtungsausschusses informiert. In der Herbstsitzung ging es hauptsächlich um die Fehlzeitenregelung und um die Erstellung und Korrektur der Zwischenprüfung.

Wie in jedem Jahr berichtete die Verwaltung dem Berufsbildungsausschuss über die Prüfungsergebnisse der Abschlussprüfung 2010.

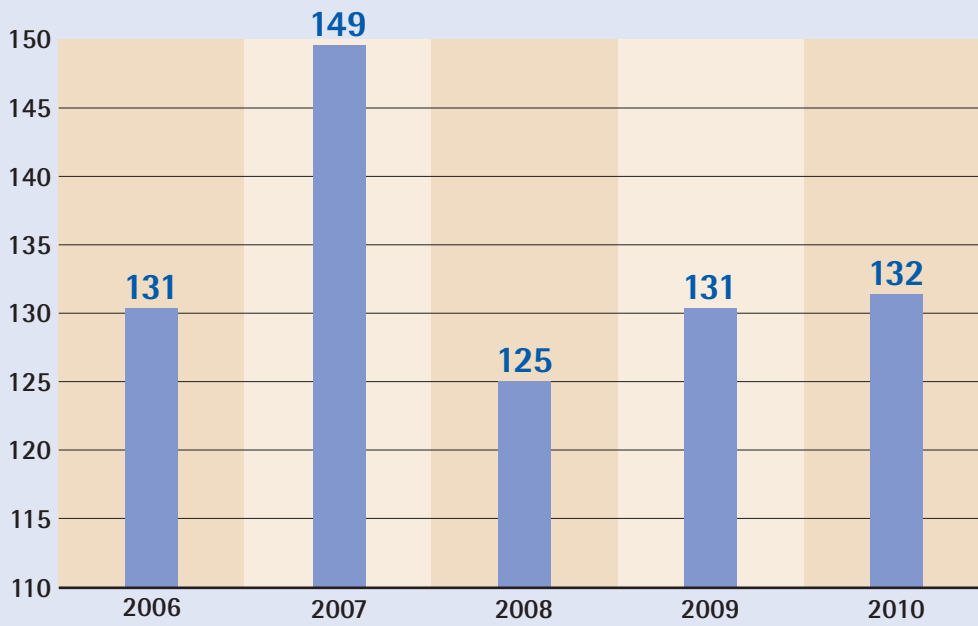
Beraten wurde außerdem über den aktuellen Stand der Anerkennung der VERAH-Qualifikation auf den Wahlteil der Fachwirtin für die ambulante medizinische Versorgung.

Ausbildung von Medizinischen Fachangestellten

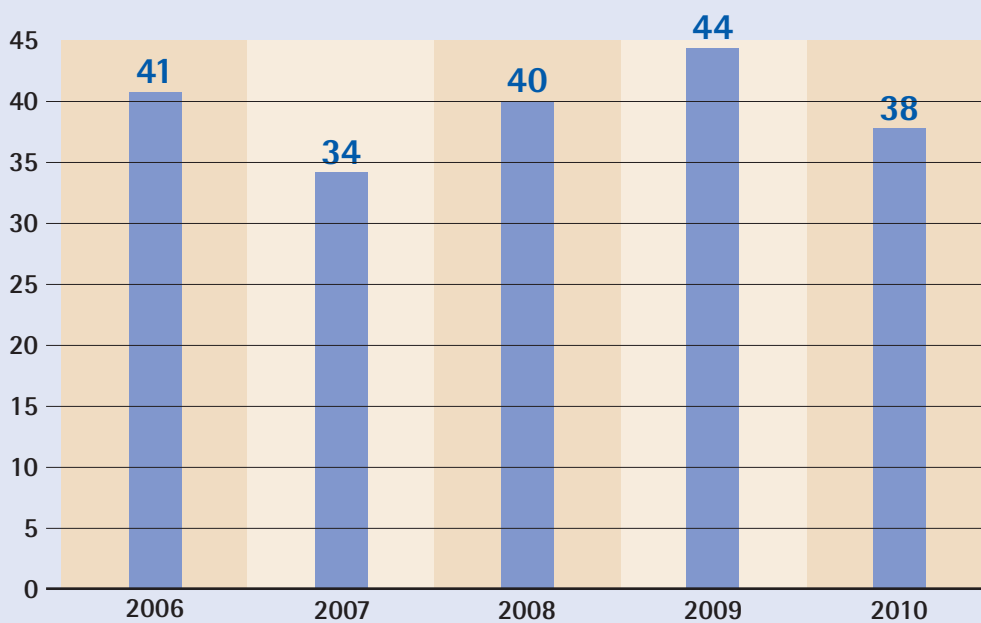
Zum Jahresende 2010 bestanden in Bremen 377 und in Bremerhaven 111 Ausbildungsverträge, insgesamt im Land Bremen also 488 Ausbildungsverhältnisse. In Bremen wurden im Jahr 2010 132, in Bremerhaven 38 neue Ausbildungsverträge eingetragen; dies sind insgesamt 5 weniger als im Vorjahr.



Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2006 bis 2010
in Bremen

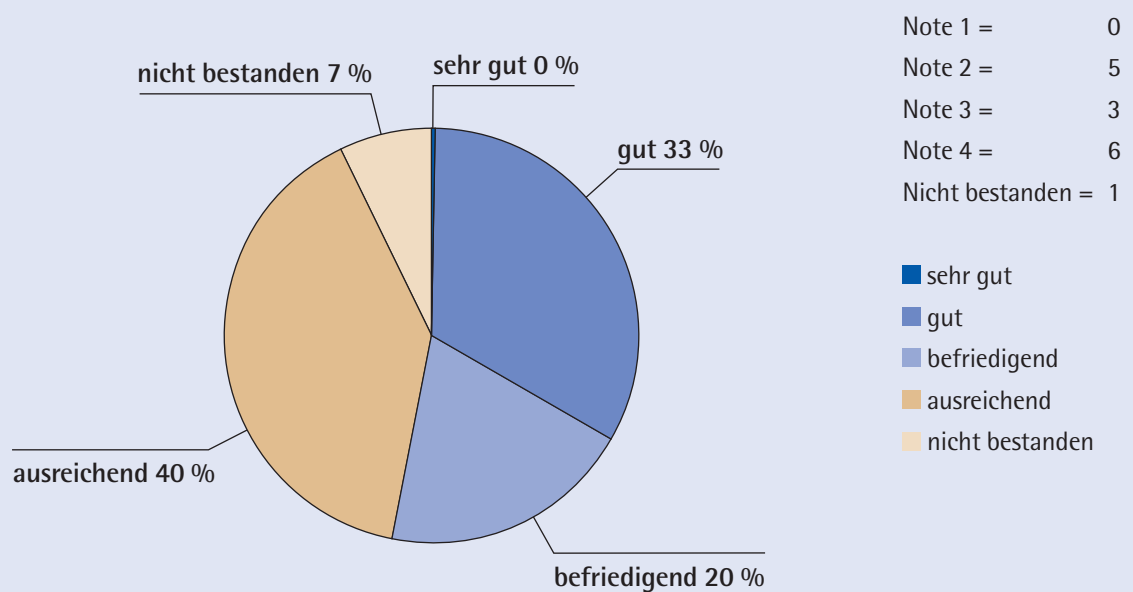


Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2006 bis 2010
in Bremerhaven

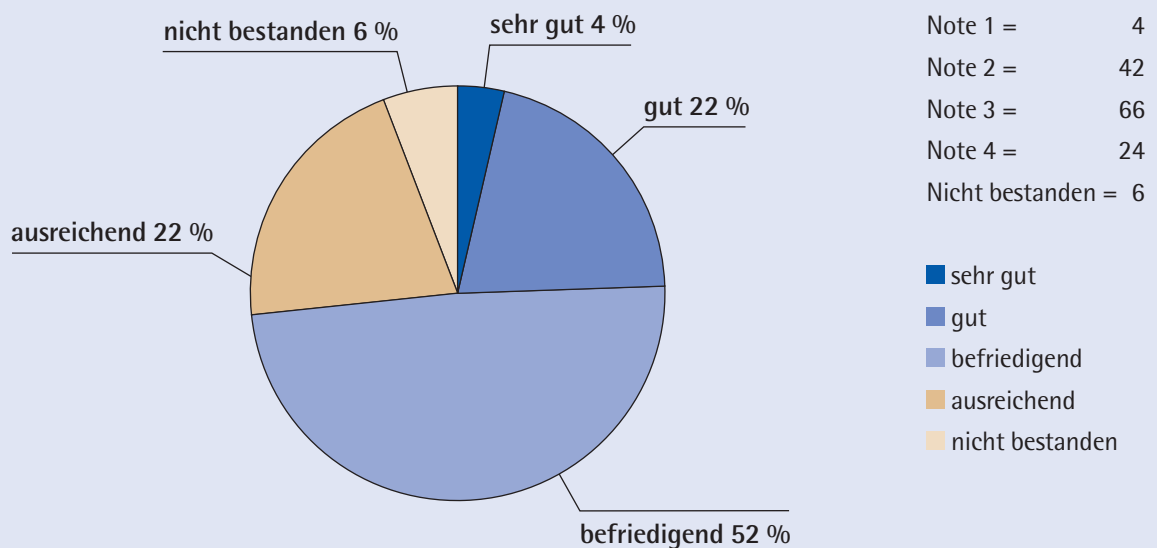


Die Ergebnisse der Abschlussprüfungen im Vergleich der letzten Jahre zeigt folgende Tabelle:

Ergebnisse der Abschlussprüfungen für Arzthelferinnen/MFA in Bremen und Bremerhaven im Winter 2009/10:



Ergebnisse der Abschlussprüfung für MFA in Bremen und Bremerhaven im Sommer 2010





Die Ärztekammer ist seit Jahren bei der Vermittlung von Auszubildenden und Ausbildern behilflich. Sie führt Listen von Jugendlichen, die eine Lehrstelle als Medizinische Fachangestellte suchen, sowie von Praxen, die Auszubildende suchen. Diese Vermittlerfunktion der Kammer ist besonders wichtig, wenn es bei einem bereits bestehenden Ausbildungsverhältnis zu Konflikten kommt und eine neue Ausbildungsstelle gesucht wird. Die Vermittlung von Ausbildungsstellen wird sowohl von Auszubildenden als auch von Ärzten gut angenommen. Im Jahr 2010 konnten in Bremerhaven 5 Auszubildende und in Bremen 13 Auszubildende vermittelt werden.

Stellenbörse

Seit 2010 bieten wir auf unserer Webseite auch eine Online-Stellen- und Ausbildungsplatzbörse an. Hier können sowohl Arbeitsstellen als auch Ausbildungsplätze angeboten und gesucht werden.

Berufsschule

Die Zusammenarbeit zwischen der Berufsschule und der Ärztekammer ist traditionell gut und konstruktiv. Sie zeigt sich u.a. in der gemeinsamen Verabschiedung der examinierten Medizinischen Fachangestellten. Die Verabschiedung fand in Bremen im Juni 2010 auf Einladung der Ärztekammer Bremen erneut in der Berufsschule statt. Alle ausgelernten Medizinischen Fachangestellten erhielten hier im festlichen Rahmen ihren MFA-Brief und die Zeugnisse ausgehändigt. In Bremerhaven wurden die fertigen Medizinischen Fachangestellten ebenfalls im festlichen Rahmen verabschiedet.

Qualitätssicherung

Ärztliches Handeln ist geprägt von der Verantwortung für die Qualität der eigenen Leistungen. Die Sicherung und Verbesserung der Qualität der ärztlichen Tätigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für eine fachlich-qualifizierte und patientengerechte Versorgung. Die Ärztekammer ist in vielfältiger Weise in die Qualitätssicherung eingebunden: Die Qualifizierung durch Weiterbildung und durch Fortbildung sichert ebenso die Qualität wie die Auswertung und Analyse externer Qualitätssicherungsmaßnahmen. Hinzu kommen zahlreiche sensible Bereiche, z. B. die Hämotherapie oder die Untersuchung und Behandlung im Gebiet der Radiologie, die besonderer Überwachung bedürfen. Darüber hinaus bietet die Ärztekammer eine Plattform für Experten zum gemeinsamen Austausch von Fragen der Qualitätssicherung im Lande Bremen.

Aus der Arbeit des Ausschusses „Qualitätssicherung“

Der Ausschuss Qualitätssicherung tagte im Jahr 2010 dreimal und beriet folgende Schwerpunkte:

Bremer Krankenhausspiegel

2010 startete der Bremer Krankenhausspiegel – initiiert durch die Bremer Krankenhaugesellschaft und die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit. Unterstützt wird der Krankenhausspiegel von der hkk, der Techniker Krankenkasse, der Verbraucherzentrale, der Unabhängigen Patientenberatung Bremen und der Ärztekammer.

Im Bremer Krankenhausspiegel legen alle 14 Krankenhäuser im Lande Bremen die Behandlungsqualität zu 15 häufigen bzw. komplizierten Behandlungsgebieten offen. Die Darstellungen beruhen überwiegend auf den Daten, die für die externe Qualitätssicherung nach § 137 SGB V erhoben und ausgewertet werden. Einige Teilnehmer des Ausschusses Qualitätssicherung sahen die Verwendung der Daten der externen Qualitätssicherung kritisch, da diese Daten für die Information der Bevölkerung ungeeignet seien. Trotz dieses Vorbehalts sprach sich der Ausschuss dafür aus, dass die Ärztekammer den Krankenhausspiegel (kritisch) begleitet.

Die Mitglieder des Ausschusses „Qualitätssicherung“ finden Sie im Anhang auf S. 82.



Kommunikation an den Schnittstellen von ambulanter und stationärer Versorgung

Der Ausschuss diskutierte intensiv die Kommunikationsprobleme an der Schnittstelle zwischen ambulanter und stationärer Versorgung nach. Im Mittelpunkt stand dabei zunächst die Krankenhauseinweisung von Patienten. Als problematisch empfanden die Ausschussmitglieder, dass die Einweisung in jedem Krankenhaus anders gehandhabt wird. Vor allem die Ansprechpartner in den Krankenhäusern sind für die niedergelassenen Ärzte häufig nicht transparent. Uneinheitlich ist nicht nur das Prozedere bei der Aufnahme von gesetzlich krankenversicherten Patienten, sondern auch von Privatpatienten. Hier gibt es häufig sogar innerhalb der einzelnen Krankenhäuser kein einheitliches Vorgehen, so dass bei den niedergelassenen Ärzten großer Informationsbedarf besteht.

Die Teilnehmer des Ausschusses Qualitätssicherung hielten insbesondere einheitliche und transparente Kommunikationswege für notwendig. Wünschenswert wären qualifizierte, kompetente Ansprechpartner an der Schnittstelle zwischen ambulant und stationär, die in der Lage sind, die anfragenden Ärzte durch das Krankenhaus zu lotsen und die Patienten je nach Beschwerdebild auf die Abteilungen zu verteilen. Für sinnvoll wurde außerdem gehalten, wenn diese Ansprechpartner über eine zentrale Hotline oder zentrale Aufnahmenummer erreichbar wären. Ideal wäre zudem, wenn die Endziffern der Aufnahmeummern für alle Krankenhäuser gleich wären. Solange dies nicht der Fall ist, wäre zumindest ein Verzeichnis der Aufnahmeummern der einzelnen Krankenhäuser für die niedergelassenen Ärzte wünschenswert.

Die Ärztekammer ist daraufhin mit den Krankenhäusern im Lande Bremen in Kontakt getreten, um sich über die Probleme an den Schnittstellen auszutauschen und über Verbesserungen an der Schnittstelle ambulant – stationär zu beraten. Viele Krankenhäuser haben positiv reagiert, der Dialog ist noch nicht abgeschlossen.

Externe Qualitätssicherung

Seit dem Jahre 2001 ist die Externe Qualitätssicherung nach §137 SGB V für alle Krankenhäuser verpflichtend. Die Daten der Behandlungsfälle von fünfzehn Leistungsbereichen werden von den Krankenhäusern an das Bremer Qualitätsbüro übermittelt. Nach der Aufbereitung werden diese Daten zum bundesweiten Vergleich an das Aqua-Institut weitergeleitet. Die Ergebnisse werden in anonymisierter Form in den jeweiligen Fachgruppen beraten.

Zum Jahresende 2009 legte das Qualitätsbüro erneut seinen Jahresbericht vor, dessen Ergebnisse im Januar 2010 der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

Qualitätszirkel

Seit mehr als zehn Jahren wird im Land Bremen die Qualität der ärztlichen Tätigkeit in Qualitätszirkeln reflektiert. Qualitätszirkel bestehen im haus- und fachärztlichen Bereich, in stationären Einrichtungen, in sektorübergreifenden Bereichen und zu speziellen Fragestellungen wie z. B. der Pharmakotherapie. Viele dieser Qualitätszirkel haben sich einer wissenschaftlichen Evaluation unterzogen. Diese Form der Qualitätssicherung hat sich zu einer anerkannten Größe in allen Bereichen der gesundheitlichen Versorgung entwickelt. In der Ärztekammer liegen inzwischen über 100 Meldungen von Qualitätszirkeln vor, die sich mit den unterschiedlichsten Fragestellungen auseinandersetzen. Unter der Prämisse, dass in der Regel ein Qualitätszirkel ca. 8 -10 Teilnehmer hat, ergibt sich eine Anzahl von ca. 800 Ärztinnen und Ärzten, die in Qualitätszirkeln aktiv sind. Diese Methode zeigt das hohe Engagement in der innerärztlichen Fortbildung.

Qualitätssicherung in der Transplantation und der Transfusion

Die Qualität der Transplantation von Organen wird auf der Grundlage von § 16 Transplantationsgesetz durch eine von der Bundesärztekammer verabschiedete Richtlinie zur Organtransplantation gesichert. Da diese Richtlinie auf einer bundesgesetzlichen Ermächtigungsnorm beruht, ist sie unmittelbar geltendes Recht für alle in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzten. Der Wortlaut der Richtlinie ist veröffentlicht worden im Deutschen Ärzteblatt vom 27. August 2001, Seite 2207, sie kann auch im Internet unter www.baek.de oder www.aekhb.de eingesehen werden.

Die Qualitätssicherung nach dem Transfusionsgesetz wurde im Jahr 2005 neu geregelt. Im November 2005 traten die neuen „Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten“ auf der Grundlage der §§ 12 und 18 Transfusionsgesetz (Hämotherapie-Richtlinien) in Kraft, die die Bundesärztekammer im Einvernehmen mit dem Paul-Ehrlich-Institut erlassen hat. Die Richtlinien und Erläuterungen bzw. Berichtsvordrucke sind auf der Internetseite der Ärztekammer hinterlegt (www.aekhb.de Rubrik Qualitätssicherung, Transfusionsmedizin).

Die Richtlinien formulieren den allgemein anerkannten Stand der medizinischen Wissenschaft und Technik auf dem Gebiet der Transfusion und sind deshalb von herausragender haftungsrechtlicher Bedeutung. Insbesondere die Verschärfung der Vorgaben für das Qualitätssicherungssystem zur Anwendung von Blutprodukten brachte für Einrichtungen, die Blutprodukte und/oder Plasmaderivate zur Behandlung von Hämostasestörungen anwenden, einen erheblichen Mehraufwand. Aber auch auf die Ärztekammer kamen neue Aufgaben zu.



Nach den Vorschriften des Transfusionsgesetzes haben die Einrichtungen des Gesundheitswesens, die Blut oder Blutprodukte verwenden, ein Qualitätssicherungssystem zu etablieren. Die Einrichtungen sind verpflichtet, ein Qualitätshandbuch zu entwickeln. Zukünftig ist der Qualitätsbeauftragte im Benehmen mit der Ärztekammer zu bestellen. Das Ergebnis des Qualitätsberichtes der Einrichtungen ist der Ärztekammer bis zum 1. März eines jeden Jahres für das vorangegangene Jahr vorzulegen. Außerdem müssen transfusionsverantwortliche bzw. transfusionsbeauftragte Ärztinnen oder Ärzte benannt werden. Die Ärztekammer Bremen hat einen entsprechenden Qualifikationsnachweis eingeführt und überprüft jedes Jahr 12 Krankenhäuser und 13 Arztpraxen, in denen Transfusionen vorgenommen werden.

2010 veröffentlichte die Ärztekammer erstmals eine sog. Positivliste auf ihrer Homepage. Aufgenommen werden alle Einrichtungen, die Blutprodukte anwenden und der Ärztekammer bis zum 31. März nachgewiesen haben, dass sie die Qualitätsanforderungen der Richtlinie Hämotherapie erfüllen.

Deutsches IVF-Register

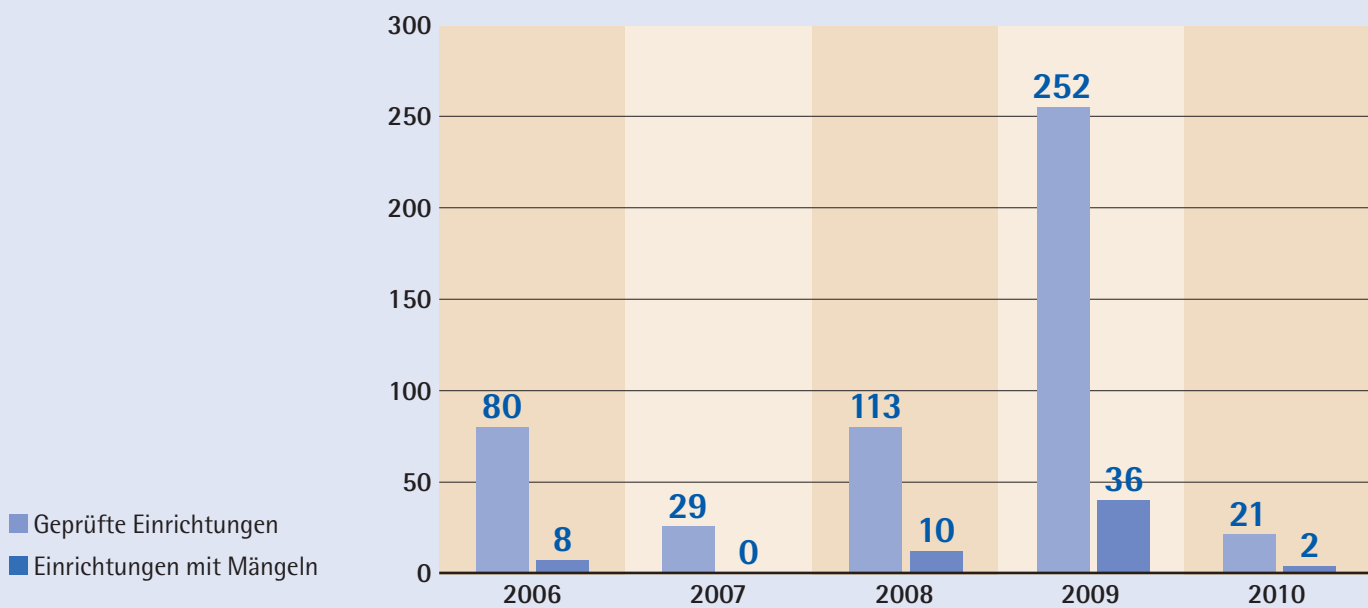
Die Ärztekammer Bremen hat mit dem Deutschen IVF-Register (DIR) bei der Ärztekammer Schleswig-Holstein im Jahr 2001 einen Vertrag zur Qualitätssicherung geschlossen. Die IVF-Zentren Bremens nehmen alle an der bundesweiten Qualitätssicherung teil. Jährlich werden Auswertungsdaten dieses Registers an die teilnehmenden Institutionen und die Ärztekammer Bremen gegeben.

Qualitätssicherung nach der Röntgen- und Strahlenschutzverordnung

Nach der Röntgenverordnung muss in regelmäßigen Abständen geprüft werden, ob bei der Anwendung von Röntgenstrahlen am Menschen in der Heilkunde die Erfordernisse der medizinischen Wissenschaft beachtet werden und die angewendeten Verfahren und eingesetzten Röntgeneinrichtungen den nach dem Stand der Technik jeweils notwendigen Qualitätsstandards entsprechen, um die Strahlenexposition des Patienten so gering wie möglich zu halten. Die Ärztekammern Bremen und Niedersachsen betreiben zusammen mit den Kassenärztlichen Vereinigungen die Gemeinsame Stelle nach § 17a der Röntgenverordnung und nach § 83 Abs. 1 der Strahlenschutzverordnung. Die Ärztliche Stelle hat ihren Sitz in Hannover, sie betreut von dort alle in Bremen und Bremerhaven betriebenen Röntgeneinrichtungen, mit denen Röntgenstrahlen auf den lebenden Menschen angewendet werden, und die in der Strahlentherapie und Nuklearmedizin eingesetzten Geräte.

Die Ärztliche Stelle Niedersachsen/Bremen überprüfte im Jahr 2010 21 Röntgeneinrichtungen von 19 Betreibern. Von diesen Betreibern waren 18 Ärzte und 1 JVA. Bei 2 Betreibern ergab sich die Notwendigkeit einer Wiedervorlage nach 6 -12 Monaten wegen erheblicher Mängel bei der Bildqualität oder im Strahlenschutz bzw. wegen unvollständig eingereicherter Unterlagen. In keinem Fall musste das zuständige Gewerbeaufsichtsamt informiert werden.

Geprüfte Einrichtungen 2006 – 2010



Im Bereich der Nuklearmedizin wurde 1 Betreiber mit 4 nuklearmedizinischen Einrichtungen geprüft. Die festgestellten Mängel waren so deutlich, dass kurzfristig für Anfang 2011 eine Wiederholungsprüfung angesetzt wurde.



Ethikkommission

Die Ärztekammer Bremen hat auf der Grundlage des Bremischen Heilberufsgesetzes eine Ethikkommission eingerichtet. Sie setzt sich zusammen aus Ärzten, einem Juristen, einem Theologen und einem Patientenvertreter. Die Ethikkommission hat die Aufgabe, die im Land Bremen tätigen Ärzte über berufsethische und berufsrechtliche Fragestellungen, insbesondere bei der wissenschaftlichen Forschung sowie der Entwicklung und Anwendung bestimmter therapeutischer Methoden und Verfahren am Menschen, zu beraten. Dazu gehören auch epidemiologische Forschungen mit personenbezogenen Daten sowie Verfahren der Informationsverarbeitung mit therapeutischen Konsequenzen. Die Mitglieder Ethikkommission sind bei der Ausübung ihrer Aufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.

Die Mitglieder der Ethikkommission finden Sie im Anhang auf S. 79.

Im Berichtszeitraum fanden 4 Sitzungen statt. Eingereicht wurden 2010 insgesamt 41 Forschungsvorhaben zur berufsrechtlichen und ethischen Beratung (Vergleich 2009: 22). 26 Anträge stellten Bremer Kliniken, 8 Anträge kamen von Bremerhavener Kliniken, 5 Anträge wurden von ambulant tätigen Ärzten eingereicht und 2 Anträge aus der Universität Bremen. 19 Studien betrafen Anwendungsbeobachtungen von Medikamenten und Medizinprodukten (z. B. Herzschrittmacher, Defibrillatoren), 14 Anträge multizentrische epidemiologische Studien (z. B. Datenbanken/Register seltener Erkrankungen) und 8 Anträge den Bereich der Grundlagenforschung unter Verwendung von humanem Untersuchungsmaterial (z. B. molekulargenetische und immun-histochemische Analysen von Gewebeproben zur Erforschung der Pathogenese von Erkrankungen).

Bis 31. Dezember 2010 bearbeitete die Kommission 40 Anträge (davon 2 Anträge aus 2009), z. T. in Anwesenheit bzw. in gemeinsamer Diskussion mit den Antragstellern. In 29 Fällen bestanden keine Bedenken gegen die Durchführung des Vorhabens. Bei 7 Anträgen erfolgte die Zustimmung unter Auflagen bzw. nach Berücksichtigung von Empfehlungen zur Modifikation des Studienprotokolls. Drei Antragsteller verzichteten nach Diskussion mit der Kommission auf die Weiterverfolgung ihres Projekts. Bei vier Anträgen war das Bewertungsverfahren Ende 2010 noch nicht abgeschlossen. Die Kommission hat „Hinweise für Antragsteller“ erarbeitet, die bei Bedarf über Frau Reuke (Telefon 0421-3404-230) abrufbar sind. Das Bremer Ärztejournal publizierte eine Stellungnahme zur berufsrechtlichen Problematik der Anwendungsbeobachtungen/ Beobachtungsstudien von Medikamenten (Juni-Ausgabe 2010, Seite 20/21.)

Für ihre Tätigkeit setzte die Kommission im Berichtszeitraum Gebühren zwischen 50 und 250 Euro pro Antrag mit einer Gesamtsumme von 2.800 Euro fest. Die Arbeit der Kommission war damit kostendeckend.

Lebendspendekommission

Die Mitglieder der Lebendspendekommission finden Sie im Anhang auf S. 81.

Die Ärztekammer hat auf der Grundlage des § 8 Abs. 3 Satz 2 Transplantationsgesetzes eine Lebendspendekommission eingerichtet. Die Kommission setzt sich zusammen aus einem Arzt, einem Juristen, einem Theologen und einem Patientenvertreter. Sie hat die Aufgabe, vor der Entnahme der Organe einer lebenden Person gutachterlich dazu Stellung zu nehmen, ob begründete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Einwilligung in die Organspende nicht freiwillig erfolgt oder das Organ Gegenstand eines verbotenen Organhandels ist. Hierzu bedient sich die Kommission psychiatrischer Gutachten, die über Spender und Empfänger vorher zu erstellen sind, sowie eines je etwa halbstündigen Gesprächs mit Spender und Empfänger.

Insgesamt wurden im Jahre 2010 sechs gutachterliche Stellungnahmen abgegeben. Hierbei spendeten jeweils ein Mal eine Ehefrau für ihren Ehemann, eine Mutter für ihre Tochter, ein Lebensgefährte für seine Lebensgefährtin und dreimal eine Mutter für ihren Sohn eine Niere.

Die Kommission erhebt für ihre Arbeit Gebühren und arbeitet kostendeckend.



Krankenhauswesen

Aus der Arbeit des Ausschusses Krankenhaus

Der Ausschuss Krankenhaus tagte im Jahr 2010 einmal. Beraten wurden

- Aktuelle Krankenhausthemen
- Stellungnahme der Ärztekammer zum Entwurf
- Beschlossene Änderungen der Weiterbildungsordnung 2005
- Verbundweiterbildung Allgemeinmedizin – Aktivitäten im Land Bremen

Im Juli 2010 stellte die Senatorische Behörde den Entwurf für ein „Bremisches Krankenhausgesetz (BremKrhG)“ den Akteuren im Gesundheitswesen vor. Im Umlaufverfahren wurde die Einschätzung der Ausschuss-Mitglieder erfragt, der Vorstand der Ärztekammer diskutierte die Rückmeldungen. Die dann formulierte Stellungnahme machte deutlich, dass die unmittelbare Beteiligung der Ärztekammer bei der Krankenhausplanung des Landes Bremen für notwendig gehalten wird, da gerade hier auch medizinischer Sachverstand gebraucht wird.

Vertreter aller politischen Fraktionen waren eingeladen, sich über das Verfahren zur Erteilung von Weiterbildungsbefugnissen zu informieren. Diese Gespräche wurden in konstruktiver Atmosphäre geführt.

Die Mitglieder des Ausschusses „Krankenhauswesen“ finden Sie im Anhang auf S. 80.

Prävention

Die Mitglieder des Ausschusses „Prävention“ finden Sie im Anhang auf S. 82.

Aus der Arbeit des Ausschusses Prävention

Der Ausschuss Prävention hat im Jahre 2010 zweimal getagt. Gegenstand der Beratungen waren die lokalen und bundesweiten Aktivitäten in der Prävention, die Initiative Männergesundheit, das Rezept für Bewegung und das Curriculum Gesundheitsförderung und Prävention.

Aktivitäten im Land Bremen

Im Rahmen einer bundesweiten Aktion wird in jedem Bundesland eine Suchtwoche durchgeführt, an denen die Akteure des Gesundheitswesens beteiligt sind. Nachdem im Juni 2009 eine Aktionswoche zum Thema Alkohol durchgeführt wurde, bestand auf der Bundesebene die Zielsetzung, diese erst im Jahre 2011 erneut durchzuführen. Auf Initiative des Bremer Aktionsbündnis Alkohol wurde im Februar 2010 eine landesweite Initiative für eine Suchtwoche auch im Jahre 2010 vorgeschlagen. Die Ärztekammer hat die Aktivitäten der Initiative mit einer Fortbildungsveranstaltung und einem Themenschwerpunkt „Suchtmedizin“ in der Septemberausgabe des Bremer Ärztejournal unterstützt.

Runder Tisch Männergesundheit

Auf Initiative der Gesundheitsbehörde ist der Runde Tisch „Männergesundheit“ ins Leben gerufen worden. In einem ersten Schritt sollen Männer ab 40 Jahren in bestimmten Stadtteilen nach ihren Bedürfnissen sowie Einstellungen und Wünschen zur eigenen Gesundheit befragt und Anregungen eingeholt werden. Damit soll eine Grundlage geschaffen werden, wie das Bewusstsein z. B. zur eigenen Gesundheit geschärft und letztlich deren Verbesserung gefördert werden kann. Die Auswertung der Befragung soll Anfang 2011 fertig gestellt sein und in einer Fortbildungsveranstaltung der Ärztekammer vorgestellt werden. Die Ergebnisse sollen in einen bundesweiten Bericht des Robert-Koch-Institutes zur Männergesundheit einfließen.

Aktivitäten der Bundesebene

Die Bundesärztekammer hat am 26. Mai 2010 die 3. Präventionstagung durchgeführt. Die Tagung hat sich in einem umfassenden Spektrum mit der Prävention befasst. In einem allgemeinen Teil wurde die aktuelle politische Entwicklung zum Thema Prävention und die Position der Ärzteschaft, die Ergebnisse der Roland Berger-Marktforschung zum Gesundheitsverhalten der Bundesbürger und der Bedeutung des Arztes und die Bedeutung des Kindes- und Jugendalters für die gesundheitliche Entwicklung thematisiert.



Die weiteren Schwerpunkte befassten sich mit der Bedeutung der Bewegungsförderung für die gesundheitliche Entwicklung, die Raucherberatung und Entwöhnung durch den Arzt, die Bedeutung der Ernährung und Ernährungsberatung für die gesundheitliche Entwicklung und die Weiterentwicklungspotenziale von Früherkennungsuntersuchungen.

Rezept für Bewegung

In der Bundesärztekammer hat ein Erfahrungsaustausch mit den Landesärztekammern stattgefunden, die bereits ein Rezept für Bewegung einsetzen. Als sehr hilfreich wurde dabei das von der Bundesärztekammer gemeinsam mit dem Deutschen Sportbund entwickelte Qualitätssiegel „Sport pro Gesundheit“ angesehen, das eine ideale Grundlage für ein Rezept für Bewegung bietet. Insbesondere können Ärztinnen und Ärzte darauf vertrauen, dass dadurch die Qualifikation der Übungsleiter gewährleistet ist. Bei der Einführung in einzelnen Regionen hat sich gezeigt, dass auch Ärztinnen und Ärzte in den Kliniken das Rezept nachgefragt haben. Herr Bakker informiert darüber, dass es auch in Bremen konkrete Bestrebungen gibt, das Rezept für Bewegung einzuführen.

Curriculum Gesundheitsförderung und Prävention

Die Bundesärztekammer hat eine strukturierte curriculare Fortbildung zum Thema „Gesundheitsförderung und Prävention“ erarbeitet. Das Konzept ist in 4 Blöcke gegliedert, die insgesamt 24 Stunden umfassen.

Der Ausschuss Prävention hat darüber beraten, ob es sinnvoll ist, einen solchen Qualifikationsnachweis einzuführen. Hintergrund sind unter anderem die Aktivitäten auf der Bundesebene, der Prävention einen größeren Stellenwert einzuräumen, aber auch individuelle Anfragen von Mitgliedern der Ärztekammer, wie eine Kompetenz in diesem Bereich für Ärztinnen und Ärzte darstellbar ist.

Der Ausschuss Prävention hat sich nach der Beratung des Curriculums einstimmig für die Einführung dieses Curriculums durch die Akademie für Fort- und Weiterbildung und auf dieser Grundlage für die Einführung des Qualifikationsnachweises „Gesundheitsförderung und Prävention“ ausgesprochen.

Der Ausschuss Prävention wird den Vorstand bitten, über die Einführung des Qualifikationsnachweises „Gesundheitsförderung und Prävention“ zu beraten und diesen bei einem positiven Votum an die Delegiertenversammlung zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Be smart – don't start

Seit mehreren Jahren unterstützt die Ärztekammer Bremen das Nichtraucher-Präventionsprogramm Be smart – don't start, das sich an Jugendliche im Alter von 10 –15 Jahren wendet.

Der Wettbewerb „be smart – don't start“ will die Schülerinnen und Schüler für das Thema sensibilisieren und den Einstieg in das Rauchen bei nichtrauchenden Schülerinnen und Schülern verhindern. Die Schülerinnen und Schüler, die bereits mit dem Rauchen begonnen haben, sollen motiviert werden, damit aufzuhören.

Um die Ziele zu erreichen, verpflichten sich Schulklassen, in denen weniger als 10 % der Schüler rauchen, auf freiwilliger Basis für den Zeitraum von November bis April eines Schuljahres nicht zu rauchen.

Die Ärztekammer unterstützt den Wettbewerb, indem sie für die Siegerklassen einen attraktiven Preis spendet. Je eine Kanutour gewannen die Klasse 8c der St. Johannis-Schule in Bremen und die Klasse 7a der Immanuel Kant Schule Bremerhaven.

Sport pro Gesundheit

Seit vielen Jahren unterstützt die Ärztekammer Bremen den Landessportbund und sein Qualitätssiegel „Sport pro Gesundheit“. Das Qualitätssiegel garantiert ein zielgruppengerechtes Angebot, qualifizierte Leitung der Sportangebote, einheitliche Organisationsstrukturen, einen präventiven Gesundheitscheck und ein begleitendes Qualitätsmanagement.

Mit finanzieller Unterstützung der Ärztekammer Bremen gibt der Landessportbund jährlich die Broschüre „Gesundheitssport“ heraus. Sie ist kostenlos und gibt Ärzten und Patienten einen Überblick über die Gesundheitssportprogramme der Bremer Sportvereine, die mit dem Siegel „Sport pro Gesundheit“ ausgezeichnet wurden.



Ausschuss Ärztinnen

Im Jahr 2010 tagte der Ausschuss Ärztinnen zweimal.

Neben verschiedenen Themen, die jeweils tagesaktuell diskutiert wurden, widmete sich der Ausschuss dem Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der Ausschuss Ärztinnen der Ärztekammer Bremen hat im vergangenen Jahr eine Befragung der Kliniken im Land Bremen initiiert, um sich ein Bild zu machen, ob und welche Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie umgesetzt wurden. Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass das Thema unterschiedlich in den Führungsetagen verankert ist. Als Beispiele „guter Praxis“ seien hier zwei Bremerhavener Kliniken hervorgehoben, das St. Joseph-Hospital und das Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide, die jeweils ausführlich ihre zahlreichen Angebote darstellten. So plant das Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide die Kooperation mit einer Kindertagesstätte sowie auch einen Kinderspielplatz auf dem Klinikgelände und ein Hotelprojekt für Angehörige von Patienten. Das St. Joseph-Hospital bietet Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Krippenplätze zur Betreuung ihrer Kinder unter drei Jahren.

Die Mitglieder des Ausschusses „Ärztinnen“ finden Sie im Anhang auf S. 77.

Schlichtungsausschuss

Der Schlichtungsausschuss hat nach der Satzung die Aufgabe, Streitigkeiten, die sich aus der Berufsausübung zwischen Kammerangehörigen ergeben, zu schlichten oder einen Schiedsspruch zu fällen. Ein Schlichtungsverfahren kann nur durchgeführt werden, wenn beide Seiten dazu ihr Einverständnis erklären. Im Jahr 2010 wurde ein Schlichtungsverfahren durchgeführt.

Die Mitglieder des Schlichtungsausschusses finden Sie im Anhang auf S. 83.

Neue Versorgungsformen

Die Mitglieder des Ausschusses „Neue Versorgungsformen“ finden Sie im Anhang auf S. 81.

Der Ausschuss „Neue Versorgungsformen“ hat sich im April 2008 konstituiert. Auf die Wahl eines Vorsitzenden wurde verzichtet, da die wesentlichen Fragen, die sich aus der Öffnung der Berufsordnung und dem Vertragsarztrechtsänderungsgesetz ergeben haben, in der vergangenen Legislaturperiode beraten wurden. Der Ausschuss wird tätig, soweit konkrete Lösungen zu erarbeiten sind, die vom Vorstand oder der Delegiertenversammlung erwartet werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Mitglieder des Redaktionsausschusses und des Pressebeirats finden Sie im Anhang auf S. 82/83.

Bremer Ärztejournal

Das wichtigste Instrument für die Öffentlichkeitsarbeit ist das zehnmal im Jahr zum 1. eines Monats erscheinende Bremer Ärztejournal. Die redaktionelle Arbeit wird vom Redaktionsausschuss geleistet, der monatlich über die einzelnen Ausgaben berät und entscheidet. Der Pressebeirat berät und beschließt die inhaltliche Schwerpunktsetzung der einzelnen Ausgaben.



Titelthemen des Bremer Ärztejournals im Jahr 2010



02/2010
Pflege zu Hause



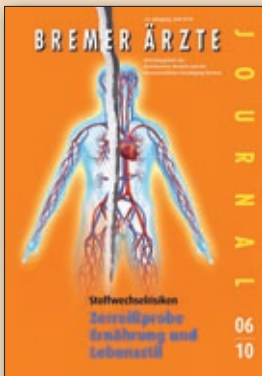
03/2010
Schulter – Diagnostik und Therapie



04/2010
Nephrologie



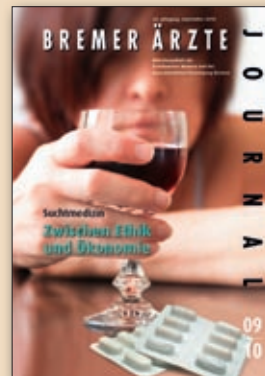
05/2010
Psychotraumatologie



06/2010
Stoffwechselrisiken



07–08/2010
Evaluation der Weiterbildung



09/2010
Suchtmedizin



10/2010
Chirurgie des älteren Patienten



11/2010
Schnittstelle Kinder-/
Erwachsenenmedizin



12/2010 – 01/2011
Patientensicherheit in
der Arzneimitteltherapie

Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit

Die Ärztekammer gab mehrere Pressemitteilungen heraus, in denen sie zu aktuellen Themen informierte und Stellung bezog.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde über die gemeinsam mit dem Landessportbund herausgegebene Broschüre „Sport pro Gesundheit“, über die Freisprechung von neu ausgebildeten Arzthelferinnen, den neuen Krankenhausspiegel, die Verleihung des Qualitätssiegels an die Ärztekammer sowie über Veranstaltungen und Positionen der Ärztekammer informiert.

Begrüßungstag für neue Kammermitglieder

Auch 2010 lud die Ärztekammer neue Kammermitglieder und ehrenamtlich engagierte Ärztinnen und Ärzte zu dem nun schon traditionellen Sommerfest ein. Die Neumitglieder bekamen die Gelegenheit, die hauptamtlichen Ansprechpartner der Kammer und die ehrenamtlich tätigen Ärztinnen und Ärzte persönlich kennen zu lernen. Zugleich bedankte sich der Präsident bei den zahlreichen Ärztinnen und Ärzten, die sich im vergangenen Jahr für die Kammer ehrenamtlich engagiert haben. Der informelle Rahmen des Begrüßungsnachmittags schuf ein Forum, bei dem Kontakte geknüpft und Interesse an der Kammerarbeit geweckt werden konnte.



Netzwerke

Aktionsbündnis Alkohol/Suchtwoche 2010

Die Ärztekammer Bremen ist seit 2007 im Aktionsbündnis Alkohol – Verantwortung setzt die Grenze aktiv. Im Jahr 2010 hat das Bündnis in zwei Sitzungen die Aktivitäten zur Suchtwoche 2010 geplant, die vom 31. Mai bis zum 6. Juni stattgefunden hat. Verschiedene Veranstalter haben in dieser Woche zum Thema Sucht beigetragen, so haben sich beispielsweise Einrichtungen der Suchthilfe an einem Tag der offenen Tür vorgestellt. Auf der Diskomeile gab es einen Infostand von „Pro Meile“ und der Polizei zum Thema Alkohol am Steuer. Verschiedene Vorträge sowohl für Betroffene und Angehörige als auch für Fachpublikum wurden angeboten. Die Ärztekammer hat eine Veranstaltung zum Thema „Frühintervention bei alkoholgefährdeten und –abhängigen Patienten in der medizinischen Regelversorgung“ organisiert.

Runder Tisch Männergesundheit

Der Runde Tisch Männergesundheit wurde 2010 von der senatorischen Behörde initiiert. Es wurde ein Forschungsprojekt über Männer in den sozial schwachen Ortsteilen Gröpelingen und Tenever zu Gesundheitsförderung und Prävention mit der Universität Bremen begonnen. Weiterhin erhielten das Gesundheitsamt und die Universität Bremen den Zuschlag des Robert-Koch-Institutes zur Erstellung einer Expertise für den Bericht „Gesundheitliche Lage der Männer in Deutschland“. In einem Fachsymposium 2011 werden erste Ergebnisse vorgestellt.

Erfahrungsaustausch Mobbing

Nach längerer Pause fand 2010 eine Sitzung des interdisziplinären Arbeitskreises Mobbing statt. Es stellte sich eine Selbsthilfegruppe für Mobbing-Betroffene vor. In einer anschließenden Diskussion ging es um Angebote in Bremen zur Beratung und Unterstützung bei Mobbing. Zukünftig sind wieder regelmäßige jährliche Treffen geplant.

Runder Tisch Mutter-Kind-Kuren

Der Runde Tisch Mutter-Kind-Kuren bringt Vertreter von Krankenkassen, MDK, Beratungsstellen, Ärztekammer und Arbeitnehmerkammer an einen Tisch. Die Einladung erfolgt durch die Landesbeauftragte für Frauen. Es findet ein Austausch statt über Beantragungs- und Bewilligungsverfahren sowie eine Diskussion über Qualitätskriterien und Standards von Kliniken.

Runder Tisch zur Stillförderung

Die Bremer Empfehlungen zur Stillförderung wurden erarbeitet und sind erschienen. Gemeinsam mit dem Hebammen-Landesverband und dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte hat die Ärztekammer eine Veranstaltung zur Einführung von Beikost angeboten. Das Gesundheitsamt führt derzeit eine Befragung zum Stillverhalten im Rahmen der U6 durch. Weitere Datenerhebungen zu Stillanfangsraten sind geplant.

Forum Frauengesundheit

Die Treffen des Forums Frauengesundheit Bremen finden viermal im Jahr statt. Arbeitsgruppen mit dem Auftrag, bestimmte Themen zu bearbeiten, tagen flankierend zwischen den Plenen. Die Sitzungen werden von der Landesbeauftragten für Frauen geleitet und haben folgende Struktur:

- Inhaltliches Schwerpunktthema
- Berichte aus den Arbeitskreisen
- Berichte aus den Institutionen
- Verabredungen und Beschlüsse
- Bericht der Landesbeauftragten für Frauen
- Entscheidung über das nächste Schwerpunktthema

Die beteiligten Organisationen/Verbände benennen eine Delegierte, die regelmäßig und verbindlich an den Sitzungen teilnimmt.

Schwerpunktthemen 2010 waren: Gender in den nationalen Gesundheitszielen: Sachstand und Perspektiven, Hart(z)e Zeiten für Frauen – Armut, soziale Ungleichheit und strukturelle Benachteiligung von Frauen im Gesundheitssystem, Ergebnisse aus dem Landesgesundheitsbericht Bremen 2010, Schönheitschirurgie – die technische Umsetzung einer medialisierten Norm.

Weiterbildendes Studium Palliative Care

Am Zentrum für Weiterbildung der Universität Bremen wird das weiterbildende Studium Palliative Care berufsbegleitend angeboten. Die Ärztekammer Bremen ist in der Fachkommission dieses Studiengangs vertreten.



Wirtschaftliche Lage der Ärztekammer

Aus der Arbeit des Finanzausschusses

Der Finanzausschuss hat im Jahr 2010 zweimal getagt. Im Mittelpunkt der Frühjahrs-sitzung stand der Jahresabschluss 2009, dessen einzelne Ausgabe-positionen intensiv diskutiert wurden. Der Jahresabschluss der Versicherungs-vermittlungsgesellschaft der Ärztekammer Bremen mbH wurde ebenfalls geprüft. In der Herbst-sitzung standen der Entwurf des Haushaltsplans 2011 der Ärztekammer sowie die Festsetzung des Kammerbeitrages auf der Agenda. Ebenfalls beraten wurden die Jahresabschlüsse und Haushaltspläne der „Unabhängigen Patientenberatung Bremen“, an der die Ärztekammer Bremen finanziell beteiligt ist, sowie der „Schlichtungsstelle der norddeutschen Ärztekammern“.

Die Mitglieder des Finanzausschusses finden Sie im Anhang auf S. 80.

Wirtschaftliche Lage 2010

Die Ärztekammer konnte das Haushaltsjahr 2010 erneut mit einem Überschuss abschließen, der vor Verwendung von Rücklagen 105.340 T€ betrug. Grund dafür war eine sparsame Haushaltsführung, aber auch die guten Einnahmen aus Kammerbeiträgen und Gebühren. Die Personalaufwendungen lagen im Jahr 2010 rund 18 T€ unter dem Haushaltsvoranschlag (Ist: 1.020 T€). Die Aufwendungen für die Selbstverwaltung betragen 149 T€. Die Aufwendungen für Sachkosten betragen etwa 559 T€. 134 T€ mussten für die Finanzierung der Bundesärztekammer bereitgestellt werden. An Abschreibungen sind rund 64 T€ angefallen.

Neben den Beitragseinnahmen in Höhe von rund 1.494 T€ wurden 125 T€ für die Ausbildung der medizinischen Fachangestellten eingenommen sowie rund 310 T€ an zweckgebundenen Erträgen, vor allem an Teilnehmerbeiträgen für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen und sonstigen Gebühren. Die übrigen Erträge (Zinsen, Mieterträge) fielen mit rund 141 T€ niedriger aus als im Vorjahr.

	Ist 2009 Euro	Ist 2010 Euro	Differenz Ist 09/Ist 10
Aufwendungen			
Personalkosten	1.028.912	1.020.707	-8.205
Vorstand/Bezirksstelle Bremerhaven	151.415	149.329	-2.086
Kammerwahl	0	0	0
Sachaufwand	559.077	598.895	39.818
Aufwand Bundesärztekammer	132.219	134.450	2.231
Abschreibungen	60.012	64.204	4.192
Summe der Aufwendungen	1.931.635	1.967.585	35.950
Erträge			
Kammerbeitrag	1.418.240	1.494.575	76.335
Gebühren der Akademie	155.826	162.355	6.529
Gebühren Ausbildung MFA	122.020	125.875	3.855
Sonstige Gebühren	176.573	148.814	-27.759
Zinsen	48.746	39.852	-8.894
Mieterträge	83.601	83.195	-406
Sonstige Erträge	26.154	18.259	-7.895
Summe der Erträge	2.031.161	2.072.925	41.764
Überschuss/Verlust	99.526	105.340	5.814



Geschäftsstelle der Ärztekammer in Bremen

Zentrale

In die Geschäftsstelle in Bremen sind im Jahr 2010 etwa 1.850 unangemeldete Besucher gekommen, vor allem Kammermitglieder. In der Telefonzentrale in Bremen sind auch in diesem Jahr circa 15.000 Telefonanrufe angenommen worden, die zum größten Teil direkt von den Mitarbeiterinnen in der Zentrale bearbeitet oder beantwortet werden konnten. Darüber hinaus nimmt die Kommunikation über das Internet stetig zu. Neben einer Vielzahl von E-Mails konnte die Kammer etwa 20.000 Zugriffen auf den Internetauftritt der Ärztekammer Bremen unter www.aekhb.de verzeichnen. Von der Ärztekammer sind im Jahr 2010 etwa 850 Arztausweise (incl. Verlängerungen) ausgestellt worden.

Qualitätssiegel Servicequalität Deutschland

Am 8. November 2010 nahmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ärztekammer das Qualitätssiegel der bundesweiten Initiative „Servicequalität Deutschland“ entgegen. Die Auszeichnung war die sichtbare Anerkennung für die intensive Arbeit an der Verbesserung der Servicequalität, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kammer im vergangenen Jahr geleistet haben.

Im Mittelpunkt stand stets die Frage: Was erwarten unsere Nutzer von uns? Auf die kurze Formel gebracht, lautet die Antwort: Die Nutzer der Ärztekammer – insbesondere die Ärztinnen und Ärzte in Bremen und Bremerhaven als Pflichtmitglieder – haben Anspruch darauf, dass die Kammer besonders serviceorientiert arbeitet. Deshalb haben sich die Kammermitarbeiter seit Anfang 2010 intensiv damit befasst, wie der Service für die Kammermitglieder, aber auch für andere Nutzer der Ärztekammer verbessert werden kann. Alle Abteilungen der Kammer haben damit begonnen, ihre Arbeitsabläufe zu untersuchen, um Schwachstellen aufzudecken, Verbesserungen vorzunehmen und unsere Stärken auszubauen.

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Trotz Mehrarbeit in allen Bereichen konnte die Zahl der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Jahr 2010 konstant gehalten werden.

Personal (am 31.12.2010)

Geschäftsführung:

Hauptgeschäftsführerin	PD Dr. jur. Heike Delbanco
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer	Franz-Josef Blömer

Mitarbeiter/innen:

Sekretariat Präsident / HGF Ethikkommission, Lebendspendekommission	Angelika Reuke (30 Std.)
Ärztliche Weiterbildung	Brigitte Bruns-Matthießen (ärztliche Leitung, 30 Std.) Nina Hölscher (ab Mai in Elternzeit) Heide Bohlen (29 Std.) Susanne Freitag (30 Std.) Daniela Poggensee (19 Std.) Petra Wedig
Akademie für Fort- und Weiterbildung	Dr. med. Susanne Hepe (ärztliche Leitung, 30 Std.) Friederike Backhaus Yvonne Länger (22 Std.) Kirsten Brünjes (30 Std.)
Kammerbeitrag	Anja Neumann A – G (30 Std.) Edelgard Vogler H – M Antje Guse N – Z (19 Std.)
Medizinische Fachangestellte	Anja Neumann (30 Std.)
Meldewesen	Edelgard Vogler (für Bremen) Dagmar Penschinski (für Bremerhaven)
Patientenbeschwerden, Rechnungswesen	Andreas Laesch
Empfang, Telefonzentrale, Patientenbeschwerden	Dagmar Penschinski
EDV	Ines Klaatzen
Bezirksstelle Bremerhaven	Claudia Utermöhle
Auszubildende	Jeanette Meyer André Heuer
Justitiar	RA und Notar Wolf Martin Nentwig RA Claus Pfisterer



Bezirksstelle Bremerhaven

Die Ärztekammer unterhält in Bremerhaven eine eigene Bezirksstelle. Die Bezirksstelle befindet sich im St. Joseph-Hospital, Wiener Straße 1, 27568 Bremerhaven.

In der Bezirksstelle werden grundsätzlich alle Aufgaben wahrgenommen, für die die Ärztekammer zuständig ist. Die Tätigkeit erfolgt in enger Abstimmung mit der Geschäftsstelle in Bremen. Mitarbeiterin ist Frau Claudia Utermöhle. In der Bezirksstelle erschienen im Laufe des Jahres 2010 ca. 1.400 Besucher.

Am 17. und 18. September 2010 informierten sich rund 120 Schülerinnen und Schüler über den Beruf der Medizinischen Fachangestellten am Informationsstand der Bezirksstelle auf der Berufsinformationsmesse in Bremerhaven.

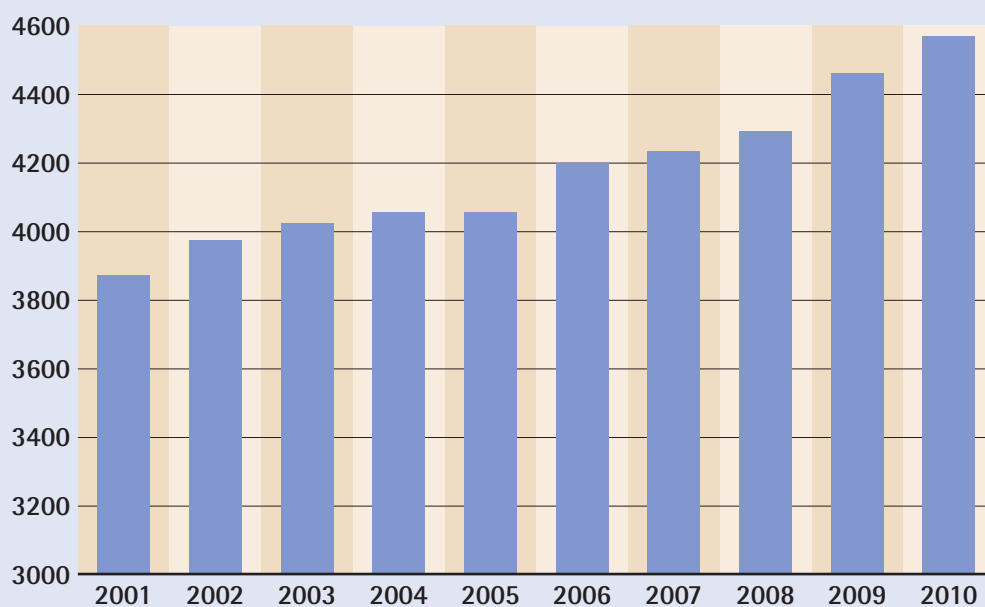
Außerdem wird von der Bezirksstelle die einmal jährlich stattfindende, sechstägige Gesundheitswoche organisiert, die große Resonanz in der Öffentlichkeit findet. 2010 fand die 19. Bremerhavener Gesundheitswoche in der Zeit vom 4.-9. September 2010 in der Stadthalle Bremerhaven statt. Es haben 89 Referentinnen und Referenten mitgewirkt. Die Gesundheitswoche wurde von ca. 4.500 Personen besucht, rund 1.400 Schülerinnen und Schüler und 370 Kindergartenkinder nutzten das Programm am Vormittag. Im Rahmen der Gesundheitswoche gab es wieder eine gut besuchte kombinierte Lehrer-Ärztefortbildung sowie eine Blutspendeaktion vom DRK.

Vorsitzender der Bezirksstelle Bremerhaven ist Dr. med. Klaus-Dieter Wurche.

Mitgliederstatistik

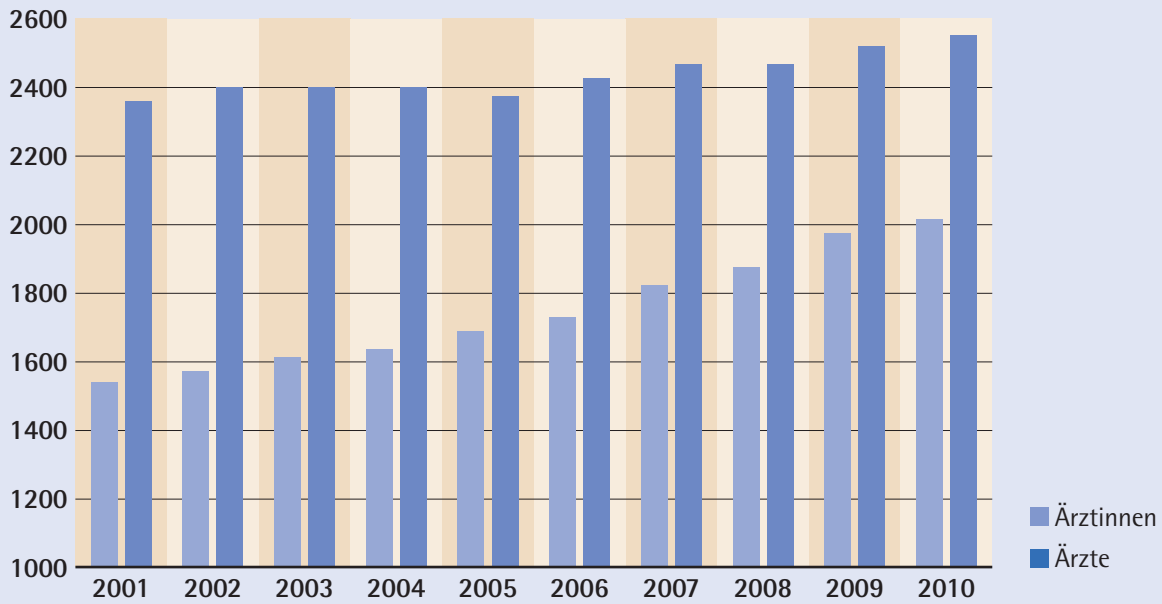
Zum 31. Dezember 2010 waren in der Ärztekammer Bremen 4.570 Ärztinnen und Ärzte gemeldet. Gegenüber dem Vorjahr sind 49 neue Mitglieder hinzugekommen. Die relative Zunahme der Mitglieder liegt damit bei 1,1 %, während sie in der Regel auf einem Niveau von um die 2 % pendelt.

Ärztinnen und Ärzte zum 31.12.2010



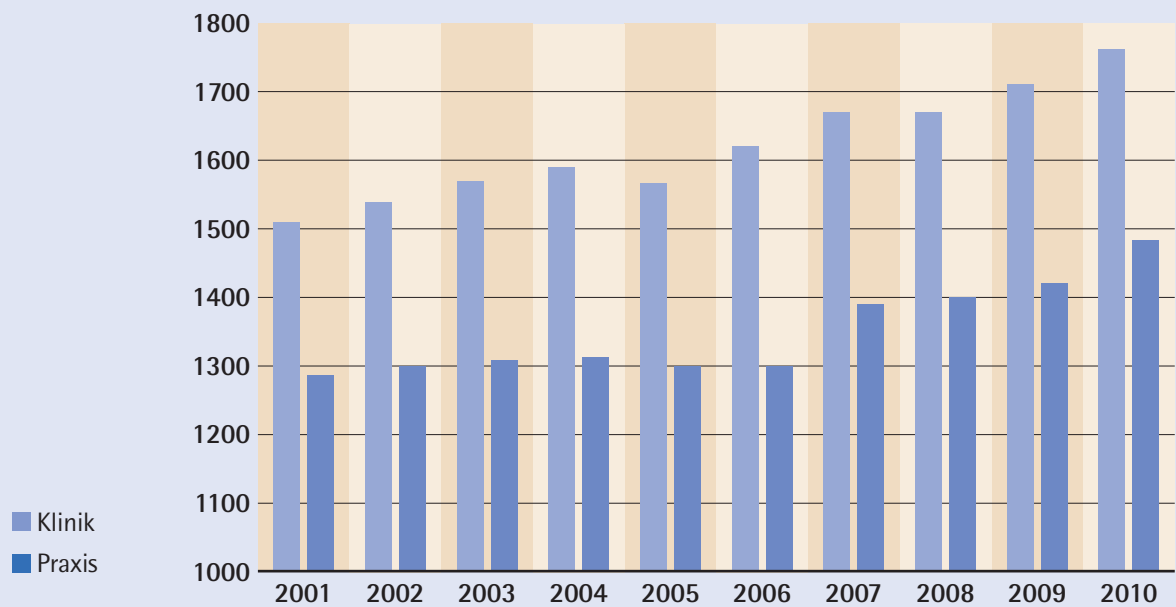


Während der Anteil der Ärztinnen im Jahre 2001 bei einem relativen Anteil von 39 % lag, ist dieser Anteil bis zum Jahre 2009 auf 44 % gestiegen. Im Jahre 2010 ist dieser Anteil aufgrund des geringen Mitgliederzuwachses bei konstanten 44 % geblieben.



Der unterdurchschnittliche Zuwachs bei den Mitgliederzahlen verteilt sich relativ gleichmäßig auf die Praxen (+ 25 Ärztinnen/Ärzte) und Kliniken (+ 16 Ärztinnen/Ärzte).

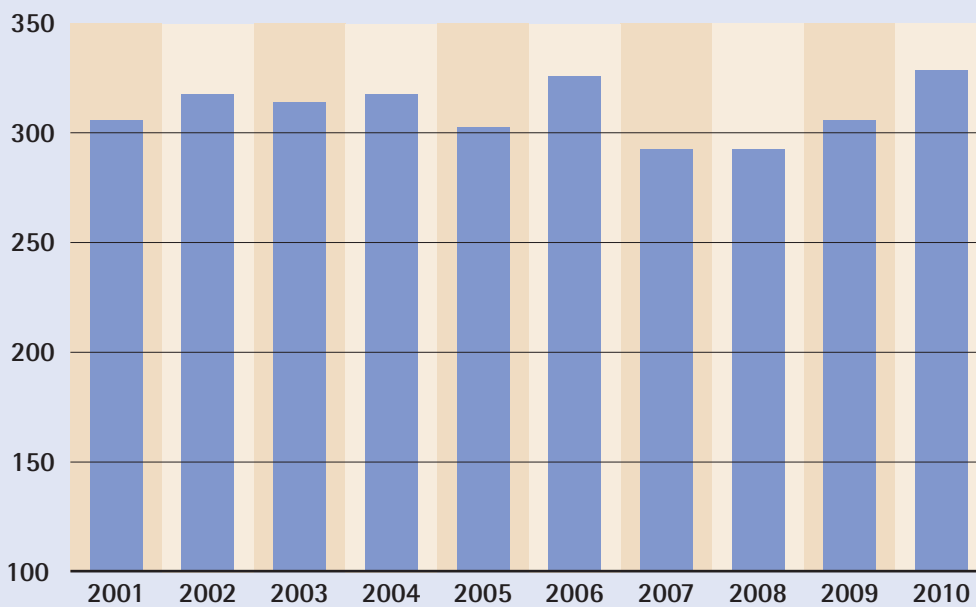
Ärztinnen/Ärzte in Klinik und Praxis





Das Tätigkeitsfeld der „Sonstigen Tätigkeiten“, zu denen Ärztinnen und Ärzte u. a. im Medizinischen Dienst, Gesundheitsamt, in Versicherungsanstalten und Betriebsärzte gehören, ist nach einer Steigerung im Jahr 2009 auch im Jahr 2010 um weitere 12 Ärztinnen/Ärzte angestiegen.

Ärztinnen und Ärzte in Sonstigen Tätigkeiten



Gesamtübersicht der Entwicklung der Mitglieder in den letzten fünf Jahren im Lande Bremen nach Tätigkeitsfeldern

	2006	2007	2008	2009	2010
Niedergelassene Ärzte	1.310	1.401	1.413	1.460	1.485
Krankenhausärzte	1.652	1.696	1.692	1.746	1.762
Ärzte in sonstigen Bereichen incl. Praxisassistenten	348	296	296	317	329
ohne ärztl. Tätigkeit	916	937	960	998	994
Gesamt	4.292	4.330	4.361	4.521	4.570

Versorgungswerk der Ärzttekammer Bremen

Das Versorgungswerk ist eine Einrichtung der Ärztekammer Bremen, die als Sondervermögen getrennt verwaltet wird. Aufgabe des Versorgungswerks ist es, seine Mitglieder im Alter und bei Berufsunfähigkeit sowie deren Hinterbliebene abzusichern.

Organe des Versorgungswerks

Delegiertenversammlung der Ärztekammer

Die Delegiertenversammlung beschließt über Satzungsänderungen und Leistungsanhebungen, stellt den Jahresabschluss fest und wählt die Mitglieder des Verwaltungsausschusses und des Aufsichtsausschusses. Sie befasste sich am 22. November 2010 mit den Themen des Versorgungswerkes.

Aufsichtsausschuss

Der Aufsichtsausschuss erstellt die Richtlinien für die Kapitalanlagen des Versorgungswerks, überwacht die Geschäftstätigkeit, entscheidet über Widersprüche gegen Bescheide des Verwaltungsausschusses, prüft die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung und bestellt den Wirtschaftsprüfer. Er tagte im Jahr 2010 dreimal, davon einmal zusammen mit dem Verwaltungsausschuss.

Verwaltungsausschuss

Der Verwaltungsausschuss entscheidet als geschäftsführendes Organ u.a. über Anträge auf Berufsunfähigkeitsrente und Beitragsermäßigungen, die Strategie der Vermögensanlagen, über Anlagen im Wertpapierbereich sowie über Vorschläge zur Änderung der Satzung bzw. der Leistungen. Der Ausschuss tagte im letzten Jahr siebenmal. Den Sitzungen sind zum Teil Präsentationen von speziellen, ggf. für das Versorgungswerk geeigneten Kapitalanlagen und Anlagestrategien vorausgegangen.

Anlageausschüsse im Vermögensbereich

Anlageausschuss des Masterfonds

Der Anlageausschuss des Masterfonds, in dem die Wertpapierfonds des Versorgungswerks zusammengeführt sind, tagte 2010 zweimal. Der Ausschuss setzt sich aus den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses sowie Vertretern der Depotbank, der Kapitalanlagegesellschaft und des Portfoliomanagements zusammen.

Anlageausschuss des Immobilienspezialfonds

Der Anlageausschuss eines 2003 zusammen mit drei ärztlichen Versorgungswerken und vier Versorgungseinrichtungen aus anderen Berufsständen aufgelegten Immobilienspezialfonds tagte 2010 zweimal in Hamburg. Anlageausschusssitzungen für zwei neu aufgelegte Immobilienspezialfonds sind erst für 2011 vorgesehen.

Die Mitglieder des Aufsichtsausschusses finden Sie im Anhang auf S. 83.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses finden Sie im Anhang auf S. 84.



Jahresabschluss 2009

Dem vom Versorgungswerk beauftragten versicherungsmathematischen Sachverständigen, der Heubeck AG, Köln, wurden die erforderlichen Daten zur Erstellung des versicherungsmathematischen Gutachtens übermittelt. Aus diesen Berechnungen ergeben sich u.a. die Höhe der notwendigen Rückstellungen zur Abdeckung aller künftigen Verpflichtungen des Versorgungswerks sowie eventuelle freie Mittel zur Anhebung der Leistungen. Die Deckungsrückstellung belief sich zum 31.12.2009 auf € 744,0 Mio. (Vorjahr € 696,7 Mio.), die Bilanzsumme stieg auf € 768,0 Mio. Die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 erfolgte im Mai 2010 durch die vom Aufsichtsausschuss bestellte BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erteilte dem Jahresabschluss des Versorgungswerks einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen stellte am 22. November 2010 den Jahresabschluss 2009 des Versorgungswerks fest und entlastete den Aufsicht- und Verwaltungsausschuss.

Leistungen des Versorgungswerks bleiben auch 2011 konstant.

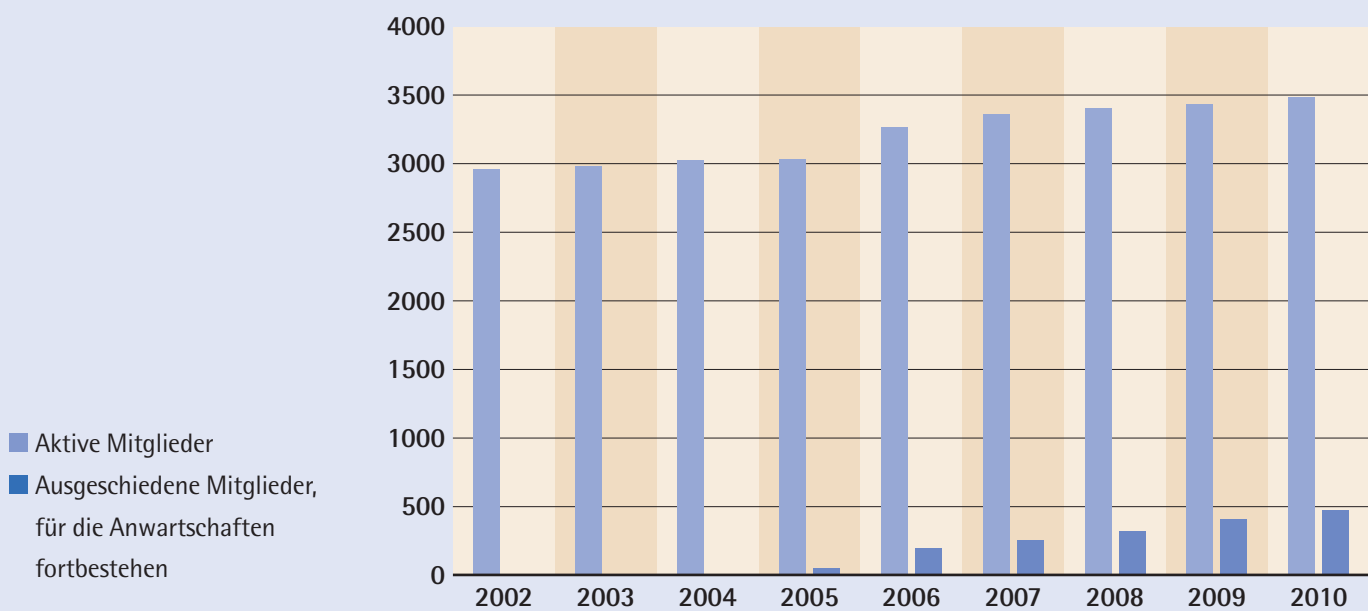
Nachdem Mitte 2010 noch eine geringe Anhebung der Leistungen möglich schien, haben sich im zweiten Halbjahr äußere Einflüsse ergeben bzw. verstärkt, welche die Delegiertenversammlung, auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses veranlassten, zum 01.01.2011 auf eine Anhebung der Renten und der Anwartschaften zu verzichten. Die allgemeine Rentenbemessungsgrundlage (§ 20 Abs. 4 der Satzung) beträgt damit 2011 unverändert € 46.587,92.

Mitgliederstatistik

Mitgliederstand des Versorgungswerks

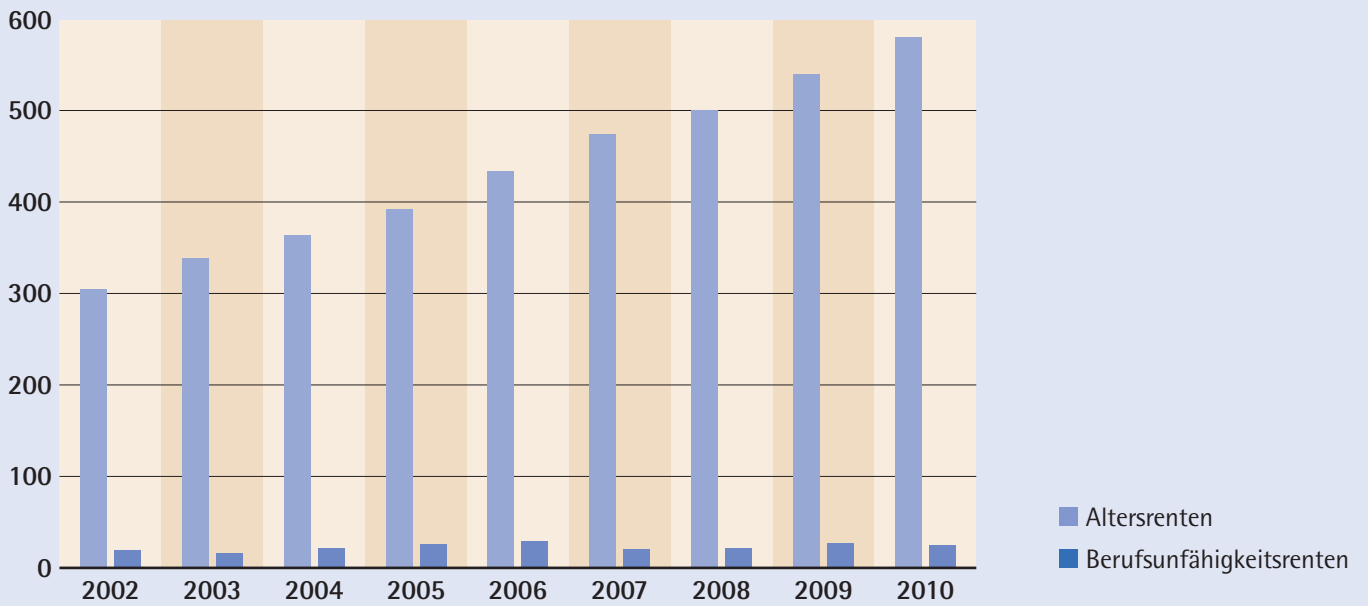
	2006	2007	2008	2009	2010
Aktive Mitglieder	3.334	3.450	3.475	3.508	3.530
Ausgeschiedene Mitglieder, für die Anwartschaften fortbestehen	205	284	370	445	530
Altersrenten	451	487	517	558	590
Berufsunfähigkeitsrenten	28	26	26	30	30
Witwen-/Witwerrenten	194	203	209	212	212
Halbwaisen-/Vollwaisenrenten	54	55	54	58	58

Ärztinnen/Ärzte per 31.12.2010

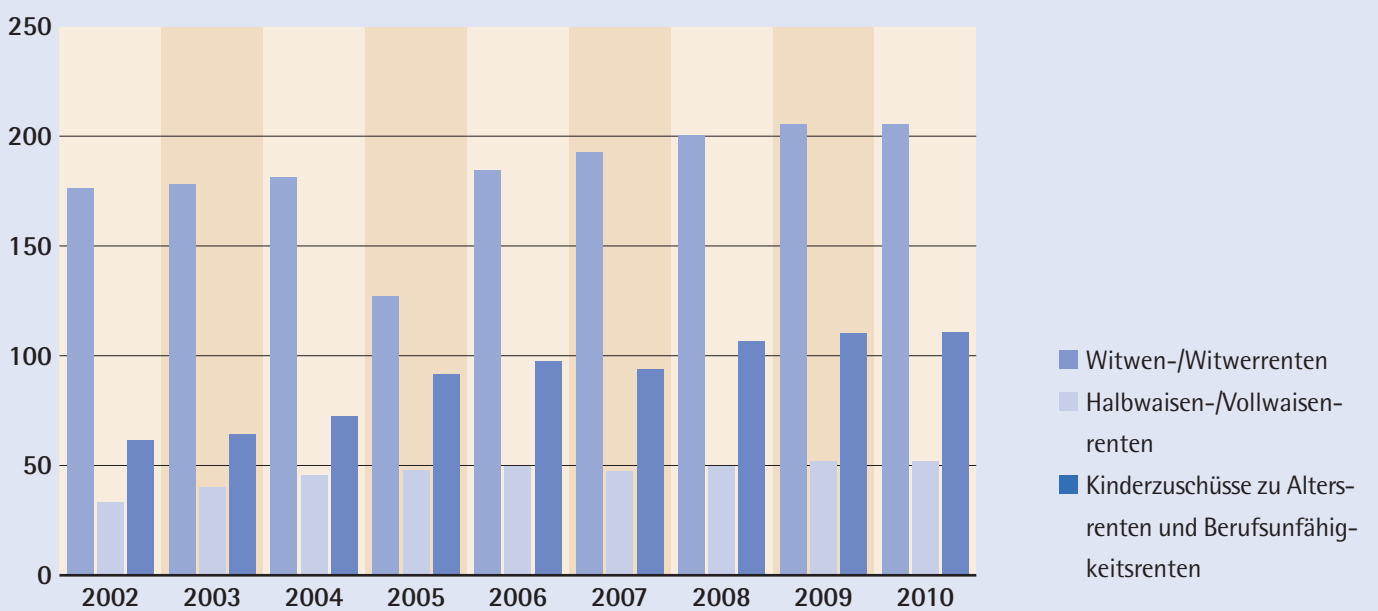




Ärztinnen/Ärzte per 31.12.2010



Leistungsempfänger per 31.12.2010



Schwerpunkte der Verwaltungstätigkeit

Beiträge zum Versorgungswerk

Der maßgebliche Beitragssatz belief sich im Jahr 2010 analog zur gesetzlichen Rentenversicherung auf 19,9 %, bezogen auf die Beitragsbemessungsgrenze von € 5.500,00 (West) ergab sich dementsprechend eine allgemeine Versorgungsabgabe i. H. v. € 1.094,50 monatlich. Im Rahmen des Arbeitgebermeldeverfahrens sind 2010 insgesamt 55.136 elektronische Meldungen eingegangen. Die Beitragseinnahmen beliefen sich 2010 auf durchschnittlich ca. € 3,4 Mio. monatlich, davon wurden jeweils ca. € 1,5 Mio. per Lastschrift eingezogen. Ein Teil der niedergelassenen Mitglieder nahm eine Beitragsermäßigung zu Lasten der späteren Rentenhöhe in Anspruch. Hierfür sind jeweils Abstimmungen mit den erreichten Einkünften erforderlich. Bei Honorartätigkeiten ist im Hinblick auf die Höhe des anzuwendenden Beitragssatzes auch zu prüfen, ob ein oder mehrere Auftraggeber vorhanden sind. Alle Beitrag zahlenden Mitglieder haben eine Bescheinigung über die im Vorjahr geleisteten Beiträge und eine automatisch erstellte Mitteilung über den erreichten Stand ihrer Anwartschaft auf Altersrente erhalten. Zusätzlich wurden auf Anforderung vieler Mitglieder Anwartschaftsberechnungen nach verschiedenen, individuellen Kriterien vorgenommen.

Mitgliederzugang

Im Jahr 2010 wurden 114 Ärzte und 135 Ärztinnen neu in das Versorgungswerk aufgenommen, davon 85 mit Überleitung. 91 Mitglieder ließen ihre hier eingezahlten Beiträge nach Wegzug aus Bremen an andere Versorgungswerke überleiten. Auf Antrag wurden verschiedentlich Befreiungen von der Pflichtmitgliedschaft ausgesprochen, z. B. für unentgeltlich tätige Gastärzte oder bei Mehrfachbeschäftigten in verschiedenen Bundesländern.

Infolge des mit Wirkung vom 1.01.2005 neu geregelten Lokalisierungsprinzips stieg die Zahl der ausgeschiedenen Mitglieder, für die Anwartschaften fortbestehen, auf 530. Diese können später bei den Versorgungswerken oder Rententrägern im EU-Ausland, bei denen sie zeitweilig Rentenversicherungsbeiträge eingezahlt haben, entsprechend anteilige Leistungsansprüche geltend machen. Die Höhe des im Versorgungswerk verbleibenden Anspruchs wurde den betreffenden Personen mit einem Bescheid bestätigt.

Rentenzahlungen des Versorgungswerks

Das Versorgungswerk zahlte 2010 Renten von durchschnittlich ca. 1,9 Mio. Euro monatlich im voraus aus. Es wurden 25 vorgezogene und 23 reguläre Altersrenten, 3 Berufsunfähigkeitsrenten sowie 13 Witwen- und Witwerrenten neu bewilligt. Aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen wurden bei einem beträchtlichen Teil der Renten-



empfänger Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung einbehalten und monatlich an verschiedene Krankenkassen im Bundesgebiet abgeführt. Bei diversen Rentenempfängern waren Kürzungen aus Versorgungsausgleich sowie Pfändungen und Abtretungen zu berücksichtigen. Zehn Renten wurden monatlich an im Ausland lebende Empfänger überwiesen. Anfang des Jahres wurde allen Rentenempfängern eine Bescheinigung über den Rentenbezug im Jahr 2009 zugesandt. Der gesetzlichen Verpflichtung folgend wurden die Meldungen im Rahmen des Rentenbezugsmeldevorgangs an die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) abgegeben. Im Laufe des Jahres wurden die nötigen Voraussetzungen für das ab 1.01.2011 gesetzlich vorgeschriebene Zahlstellenmeldevorgang mit den Krankenkassen getroffen.

Vermögensanlagen des Versorgungswerks

Die Zuflüsse aus fälligen oder vorzeitig veräußerten oder gekündigten Wertpapieren, Versorgungsabgaben, Mieten und Erträgen aus Kapitalanlagen sind unter Beachtung der Bestimmungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes, der Anlageverordnung für Versicherungsunternehmen und der Anlagerichtlinien des Aufsichtsausschusses nach den Grundsätzen der Sicherheit und Rentabilität unter Beachtung einer angemessenen Risikosteuerung angelegt. Das angesammelte Kapital dient der Abdeckung der laufenden und künftigen Rentenansprüche aller Mitglieder und deren Hinterbliebener.

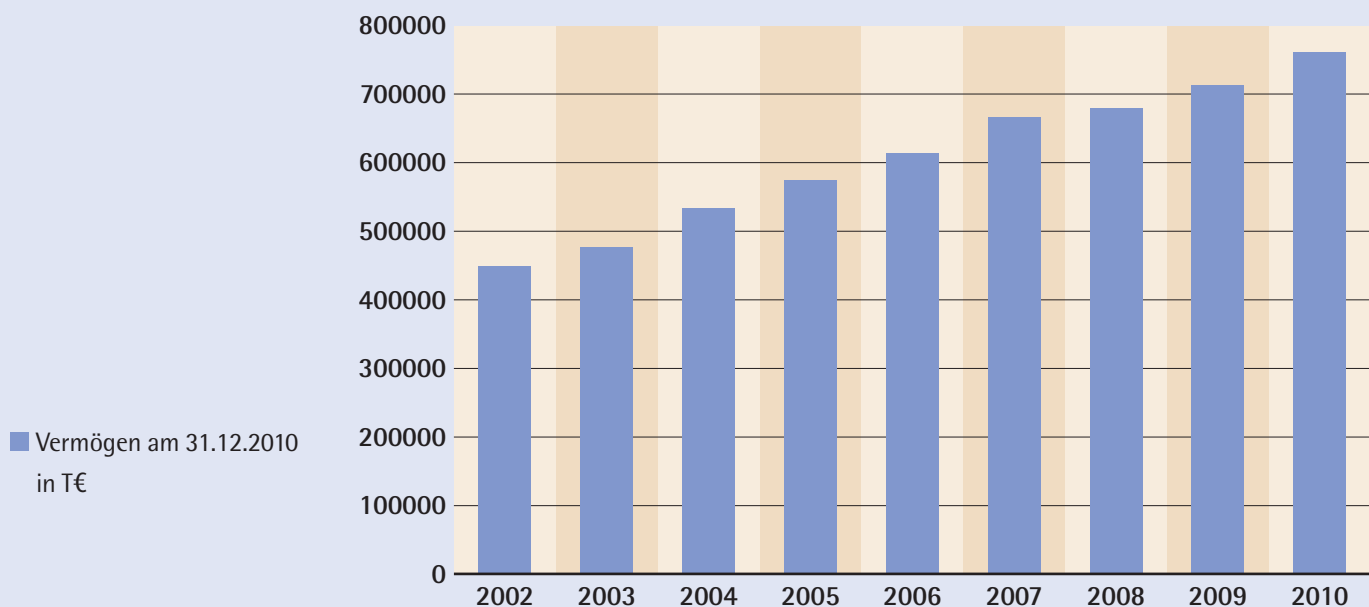
Zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit wurde das gesamte Vermögen des Versorgungswerks nach entsprechender Meldung der Daten quartalsweise durch die Depotbank analysiert. Die vorhandenen Risiken wurden ermittelt und bewertet. Zur Bestimmung des Risikos der Vermögensanlagen wurde darüber hinaus nach einem Leitfaden der ABV, welcher mit den Aufsichtsbehörden abgestimmt wurde, monatlich eine sogenannte Risikokennziffer ermittelt. Per 31.12.2010 befand sich das Versorgungswerk in der niedrigsten Risikoklasse 1. Die Risikotragfähigkeit des Vermögens wurde vom Versorgungswerk darüber hinaus auch monatlich durch Belastungsüberprüfungen anhand im Voraus festgelegter Szenarien (Kursverluste am Aktien- und/oder am Rentenmarkt) vorgenommen. Zur Ermittlung der Bonitätsrisiken wurden auch Informationen über die jeweiligen Emittenten (Kreditnehmer) gesammelt. Bei den Emittenten, für die ein Rating vorhanden und ermittelbar ist, wurde dieses monatlich auf eventuelle Veränderungen hin geprüft. Darüber hinaus wurden die Kapitalanlagen monatlich in Bezug auf die Einhaltung der Anlagerichtlinien und der gesetzlichen Bestimmungen überprüft (Anlagearten, Emittentenquoten etc.). Die Fälligkeitsstruktur der Rentendirektanlagen wurde laufend aktualisiert und bei der Neuanlage berücksichtigt, damit die Erfüllbarkeit der zukünftigen Verpflichtungen jederzeit gegeben ist. Die Berichte über die Investmentfonds wurden monatlich zusammengefasst und den Ausschüssen zur Verfügung gestellt.

Entsprechend den Vorgaben des Kreditwesengesetzes wurden quartalsmäßig Millionenkreditmeldungen auf elektronischem Weg an die Deutsche Bundesbank abgegeben.

Das Vermögen des Versorgungswerks war am 31.12.2010 mit 33,44 % in Schuldscheindarlehen, mit 30,18 % in Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefen zu 30,66 % in Wertpapierfonds, zu 5,23 % in Immobilien und Immobilienfondsanteilen sowie zu 0,48 % in Termingeldern angelegt.

Zur weiteren Diversifizierung wurden in 2010 Beteiligungen an neuen Immobilienspezialfonds und an Publikumsfonds mit Anlageschwerpunkt in Asien gezeichnet. Darüber hinaus wurde zur Risikominderung ein Risiko-Overlay-Management für den Masterfonds beschlossen.

Entwicklung des Vermögens des Versorgungswerks der Ärztekammer Bremen



Alle Zahlenangaben zum Jahr 2010 sind vorläufig und unverbindlich!



Externe Veranstaltungen etc.

Vertreter des Versorgungswerks nahmen u. a. an den Sitzungen der Ständigen Konferenz der Bundesärztekammer „Ärztliche Versorgungswerke“, den Treffen der Geschäftsführer berufsständischer Versorgungseinrichtungen sowie der Mitgliederversammlung und den zu verschiedenen Themen erfolgten Informationsveranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft Berufsständischer Versorgungswerke (ABV) teil.

Änderung der Satzung des Versorgungswerks

In 2010 wurden verschiedene Vorschläge zur Änderung der Satzung vorbereitet. Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer hat darüber am 22. November 2010 entschieden. Die beschlossene Änderung der Satzung wurde im Bremer Amtsblatt und per Rundschreiben allen Mitgliedern zur Kenntnis gebracht.

Personal des Versorgungswerks (am 31.12.2010)

Geschäftsführung:

Geschäftsführer	Hermann Lohmann
Vermögensverwaltung, stellv. Geschäftsführerin	Annette Meyer (24 Std.)

Mitarbeiter/innen:

Sekretariat/ Allgemeine Verwaltung	Katja Friedemann
Meldewesen/Beratung	Claudia Diering
Leiterin Rechnungswesen	Gisela Krüger (35 Std.)
Buchhaltung, Zahlungsverkehr,	Ulrike Hübner
Beitragswesen, Renten, Rentnerkrankenversich., Rentenmeldeverfahren	Ludmila Bier
Beitragswesen, elektron. Arbeitgebermeldeverfahren	Agnes Jesse
diverse Tätigkeiten	Bettina Wenske (12 Std.)

Gremienverzeichnis

Mitarbeit in der Bundesärztekammer

Einmal jährlich tritt der Deutsche Ärztetag, das 250-köpfige Parlament der Bundesärztekammer für vier Tage zusammen. Die Delegierten diskutieren aktuelle gesundheitspolitische Themen und verabschieden wichtige Mustersatzungen wie z. B. die Muster-Weiterbildungsordnung oder Muster-Berufsordnung.

Jede Landesärztekammer entsendet im Verhältnis ihrer Mitgliederstärke eine bestimmte Anzahl Delegierter zum Deutschen Ärztetag, die in jedem Jahr neu bestimmt werden.

Bremer Delegierte des Deutschen Ärztetages 2010

Hubert Bakker
Dr. med. Heidrun Gitter
Dr. med. Johannes Grundmann
Dr. med. Jörg Hermann
Jörn Sannemann (Stellvertreter)
Dr. med. Klaus-Dieter Wurche (Stellvertreter)



Vertreter der Ärztekammer Bremen in den Gremien der Bundesärztekammer

Neben dem Vorstand der Bundesärztekammer, der aus den Präsidenten der Landesärztekammern besteht, und der hauptamtlichen Verwaltung existieren auf der Ebene der Bundesärztekammer zahlreiche Ausschüsse, Ständige Konferenzen (StäKo) und andere Gremien, die den kontinuierlichen Austausch der Landesärztekammern sicherstellen sollen. In diesen Gremien arbeiten zahlreiche Vertreter der Ärztekammer Bremen mit.

Deutsche Akademie für Allgemeinmedizin	Dr. med. Hans-Michael Mühlenfeld
Deutsche Akademie der Gebietsärzte	Dr. med. Manfred Neubert
Deutscher Senat für ärztliche Fortbildung	Prof. Dr. med. Jürgen Freyschmidt Dr. med. Susanne Hepe
Finanzkommission	Dr. med. Ernst-Gerhard Mahlmann Dr. med. Johannes Grundmann PD Dr. jur. Heike Delbanco
Ständige Konferenz „Ärztliche Versorgungswerke“	Dr. med. Karsten Erichsen Dr. med. Klaus-Ludwig Jahn
Ständige Konferenz „Arbeitsmedizin“	Dr. med. Bettina Stein
Ständige Konferenz „Ärztliche Weiterbildung“	Dr. med. Klaus-Dieter Wurche Dr. med. Heidrun Gitter Brigitte Bruns-Matthießen
Ständige Konferenz „Zur Beratung der Berufsordnung für die deutschen Ärzte“	Dr. med. Jörg Hermann PD Dr. jur. Heike Delbanco
Ständige Konferenz „Europäische Angelegenheiten“	Dr. med. Klaus-Dieter Wurche (Vorsitzender) PD Dr. jur. Heike Delbanco

Ständige Konferenz „Vertreter der Geschäftsführungen der Landesärztekammern“	PD Dr. jur. Heike Delbanco
Ständige Konferenz „Ethikkommissionen der Landesärztekammern“	Prof. Dr. med. Herbert Rasche PD Dr. jur. Heike Delbanco
Ständige Konferenz „Prävention und Gesundheit“	Hubert Bakker Franz-Josef Blömer
Ständige Konferenz „Gesundheit und Umwelt“	Hubert Bakker Franz Josef Blömer
Ständige Konferenz „Gutachterkommissionen/ Schlichtungsstellen“	Prof. Dr. med. Michael Heine PD Dr. jur. Heike Delbanco
Ständige Konferenz „Krankenhaus“	Dr. med. Heidrun Gitter Brigitte Bruns-Matthießen
Ständige Konferenz „Medizinische Fachberufe“	Dr. med. Hans-Michael Mühlenfeld
Ständige Konferenz „Öffentlichkeitsarbeit“	PD Dr. jur. Heike Delbanco
Ständige Konferenz „Qualitätssicherung“	PD Dr. jur. Heike Delbanco
Ständige Konferenz der Rechtsberater der Ärztekammern	RA Wolf Martin Nentwig PD Dr. jur. Heike Delbanco



Gremien der Ärztekammer Bremen

Vorstand

Präsident	Dr. med. Klaus-Dieter Wurche
Vizepräsidentin	Dr. med. Heidrun Gitter
Beisitzer	Hubert Bakker Dr. med. Johannes Grundmann Dr. med. Jörg Hermann

Ausschüsse und Gremien

Delegierte

Marburger Bund	Dr. med. Heidrun Gitter Dr. med. Martin Rothe Aicha Charimo Torrente Jörn Sannemann Dr. med. Tim Hülskamp Dr. med. Manfred Kölsch Dr. med. Jörg Gröticke
Bremer Ärzte-Gemeinschaft	Dr. med. Jörg Hermann Dr. med. Till Spiro Dr. med. Immo Pape Bettina Rakowitz Dr. med. Manfred Neubert Dr. med. Andreas Umlandt
Bremer Hausarztliste	Dr. med. Hans-Michael Mühlenfeld Hubert Bakker Dr. med. Alfred Haug
Neue Hausarztliste	Dr. med. Johannes Grundmann Dr. med. Gerd Praetorius Dr. med. Stefan Trapp
Ärztinnen	Franziska Büge Dorothea Jungkamp
Ärztliche Psychotherapeutinnen/ -therapeuten	Christian Warrlich Dr. med. Mura Kastendieck
Ärzte in Bremen	Dr. med. Iris Steck
St.-Joseph-Stift-Liste	Dr. med. Tadeusz Slotwinski
Ärztinnen und Ärzte Bremerhaven	Dr. med. Klaus-Dieter Wurche Dr. med. Iris Gerlach Dr. med. Lutz Graf
Ambulante Medizin Bremerhaven	Dr. med. Birgit Lorenz Dr. med. Rembert Mammes



Akademie für Fort- und Weiterbildung

Vorsitzender	Professor Dr. Jürgen Freyschmidt
	Franziska Büge Dr. med. Johannes Grundmann Dr. med. Alfred Haug Dr. med. Birgit Lorenz Dr. med. Klaus-Dieter Schulze Dr. med. Till Spiro Christian Warrlich
Geschäftsführung	Dr. med. Susanne Hepe

Ausschuss „Ärztinnen“

Vorsitzende	Frau Dr. med. Doris Börger
	Atoussa Bayanifar Franziska Büge Dr. med. Karin Eberhardt Angelika Fusch-Fornaçon Katja Hitzegrad Dorothea Jungkamp Dr. med. Andreas Umlandt Dr. med. Carmen-Sylvia Wischnewsky
Geschäftsführung	Dr. med. Susanne Hepe

Ausschuss „Ärztliche Weiterbildung“

Vorsitzender	Dr. med. Klaus-Dieter Wurche
Stv. Vorsitzender	Dr. med. Wolfgang von Heymann
	Dr. med. Mathias Börger Dr. med. Heinrich Eitmann Dr. med. Manfred Feldmann (ab 01.08.2010) Dr. med. Henning Hammerschmidt Dr. med. Mura Kastendieck (bis 31.05.2010) Bettina Rakowitz Walter Schimmler Dr. med. Mohammad-Reza Sedigh-Rahim-Abadi (bis 31.05.2010) Dr. med. Stefan Trapp
Geschäftsführung	Brigitte Bruns-Matthießen

Berufsbildungsausschuss

Arbeitgebervertreter	Dr. Hans-Michael Mühlenfeld (stellv. Vorsitzender) Dr. Simone Cepek Dr. med. Manfred Neubert Dr. med. Martin Leugner Stephan Schlenker
Arbeitnehmervertreter	Susanne Reich-Emden (Vorsitzende) Marlene Henrici Elke Lemke Sieglinde Baumann Karin Hilker Ursula Symann
Lehrer	Marion Hibbeler Helmut Zachau Rudolf Schmelter Gisela Bauche Margrit Volkmann Birgit Günemann
Geschäftsführung	Anja Neumann



Beschwerdeausschuss

Vorsitzender	Gerhard Ellereit (bis Oktober 2010) Dr. med. Jörg Gröticke (ab Dezember 2010)
	Dr. med. Uwe Aldag Dr. med. Bernward Fröhlingsdorf Dr. med. Jörg Gröticke Dr. med. Johannes Grundmann Dr. med. Harri Korschanowski Bettina Rakowitz Dr. med. Friedrich Roehl Dr. med. Renate Ronski Dr. med. Tadeusz Slotwinski Irene Suschko-Kück
Geschäftsführung	Andreas Laesch

Ethikkommission

Vorsitzender	Prof. Dr. med. Herbert Rasche
Stv. Vorsitzender	Prof. Dr. med. Manfred Anlauf
	Prof. Dr. med. Hannsjörg Bachmann Dr. med. Eva Ramsauer Dr. med. Christian Strube Ursula Schumann (Juristin) Henning Drude (Theologe) Dipl.-Ing. Jens Pursche (Patientenvertreter, bis 9. Juli 2010) Marie Rösler (Patientenvertreterin, ab 9. Juli 2010)
Geschäftsführung	Angelika Reuke

Finanzausschuss

Vorsitzender	Dr. med. Ernst-Gerhard Mahlmann
	Dr. med. Klaus Albrecht Franziska Büge Dr. med. Tim Hülskamp Dr. med. Immo Pape Dr. med. Gerd Praetorius Ingor Schrieber Professor Dr. med. Hartmut Zschiedrich
Geschäftsführung	PD Dr. jur. Heike Delbanco Andreas Laesch

Ausschuss „Krankenhaus“

Vorsitzende	Dr. med. Heidrun Gitter
	Aicha Charimo Torrente Dr. med. Markus Ebke Dr. med. Lutz Graf Marc Hanefeld Dr. med. Thomas Liebsch Dr. med. Michael Mühlenfeld Jörn Sannemann PD Dr. med. Wolfgang Sendt Eva Wihtol
Geschäftsführung	Brigitte Bruns-Matthießen



Lebendspendekommission

Vorsitzender	Prof. Dr. med. Herbert Rasche
	Ursula Schumann (Juristin) Henning Drude (Theologe) Dipl.-Ing. Jens Pursche (Patientenvertreter, bis 9. Juli 2010) Marie Rösler (Patientenvertreterin, ab 9. Juli 2010)
Geschäftsführung	Angelika Reuke

Ausschuss „Neue Versorgungsformen“

	Dr. med. Iris Steck Dirk Fornacon Dr. med. Iris Gerlach Jürgen Grewe Dr. med. Jörg Gröticke Prof. Dr. med. Hans-Heinrich Heidtmann Dr. med. Anne-Kathrin Nethe Dr. med. Till Spiro
Geschäftsführung	Franz-Josef Blömer

Ausschuss „Prävention“

Vorsitzender	Hubert Bakker
	Dirk Fornacon Dr. med. Iris Gerlach Dr. med. Frank Hittmann Dr. med. Hans-Udo Homoth Dorothea Jungkamp Prof. Dr. med. Gerald Klose Dr. med. Johannes-Peter Mních Dr. med. Joachim Wewerka Dr. med. Carmen-Sylvia Wischnewsky
ständige Gäste	Dr. med. Martin Götz Dr. med. Thomas Hilbert
Geschäftsführung	Franz-Josef Blömer

Ausschuss „Qualitätssicherung“

	Atousa Bayanifar Dr. med. Doris Börger Dr. med. Matthias Bormann Dr. med. Gerd Praetorius Dr. med. Vivian Frank-Schmidt Dr. med. Karl-Wilhelm Tischer Dr. med. Frans Zantvoort
Geschäftsführung	PD Dr. jur. Heike Delbanco

Redaktionsausschuss (von der Ärztekammer benannt)

	Dr. med. Klaus-Dieter Wurche Dr. med. Heidrun Gitter PD Dr. jur. Heike Delbanco Franz-Josef Blömer
--	---



Schlichtungsausschuss

Vorsitzende	Dr. med. Eva Ramsauer
	Dr. med. Guido Kirchgesser Dorothee Lübbert
Stellvertreter	Angelika Fusch-Fornaçon Dr. med. Tadeusz Slotwinski
Geschäftsführung	PD Dr. jur. Heike Delbanco

Pressebeirat Bremer Ärztejournal (von der Ärztekammer benannt)

	Franz-Josef Blömer Dr. med. Thomas Brabant PD Dr. jur. Heike Delbanco Dr. med. Heidrun Gitter Dr. med. Johannes Grundmann Dr. med. Alfred Haug Dr. med. Martin Rothe Dr. med. Klaus-Dieter Wurche
--	--

Aufsichtsausschuss des Versorgungswerks

Vorsitzender	Dr. med. Martin Rothe
Stv. Vorsitzender	Prof. Dr. med. Hermann Holzhüter
	Dr. med. Horst Elbrecht Dirk Fornaçon Dr. med. Anna Gertrud Michael RA und Notar Wolf-Martin Nentwig (Justitiar) Fritz Lütke-Uhlenbrock (Bremer Landesbank)

Verwaltungsausschuss des Versorgungswerks

Vorsitzender	Dr. med. Karsten Erichsen
Stv. Vorsitzender	Dr. med. Klaus-Ludwig Jahn
	Dr. med. Karin Eberhardt Kurt-Alexander Michael (Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG) Dr. med. Dorothea Probst Dr. jur. Ulf Schomburg



Bezirksstelle Bremerhaven

Mitglieder der Bezirksstelle

Vorsitzender	Dr. med. Klaus Dieter Wurche
	Dr. med. Iris Gerlach Dr. med. Lutz Graf Dr. med. Birgit Lorenz Dr. med. Rembert Mammes

Fortbildungsausschuss

Vorsitzender	Dr. med. Klaus-Dieter Schulze
Stv. Vorsitzender	PD Dr. med. Andreas Ambrosch
	Prof. Dr. med. Manfred Anlauf Prof. Dr. med. Wolfgang Friedmann Prof. Dr. med. Hans-Heinrich Heidtmann Prof. Dr. med. Michael Heine Dr. med. Andreas Jansen Dr. med. Guido Kirchgesser Dr. med. Klaus Reichstein Dr. med. Axel Renneberg Prof. Dr. med. Ulrich Sander Dr. med. Hans-Joachim Schmeck-Lindenau Irene Suschko-Kück Dr. med. Gunnar Wagner Dr. med. Thomas Wasilewski Dr. med. Klaus-Dieter Wurche

Ausschuss Gesundheitsinformation

Vorsitzender	Klaus Struck
	Dr. med. Hans Jürgen Gellermann Doraid Mouarray M. D. Henner Naumann Dr. med. Nikolaus Pross Wolfgang Rau Dr. med. Axel Renneberg Dr. med. Friedrich Roehl Prof. Dr. med. Ulrich Sander Hartmut Sieg Dr. med. Laura Steichele-Rudolf Dr. med. Dörte Würfel

Ärztammer Bremen
Schwachhauser Heerstraße 30
28209 Bremen
www.aekhb.de